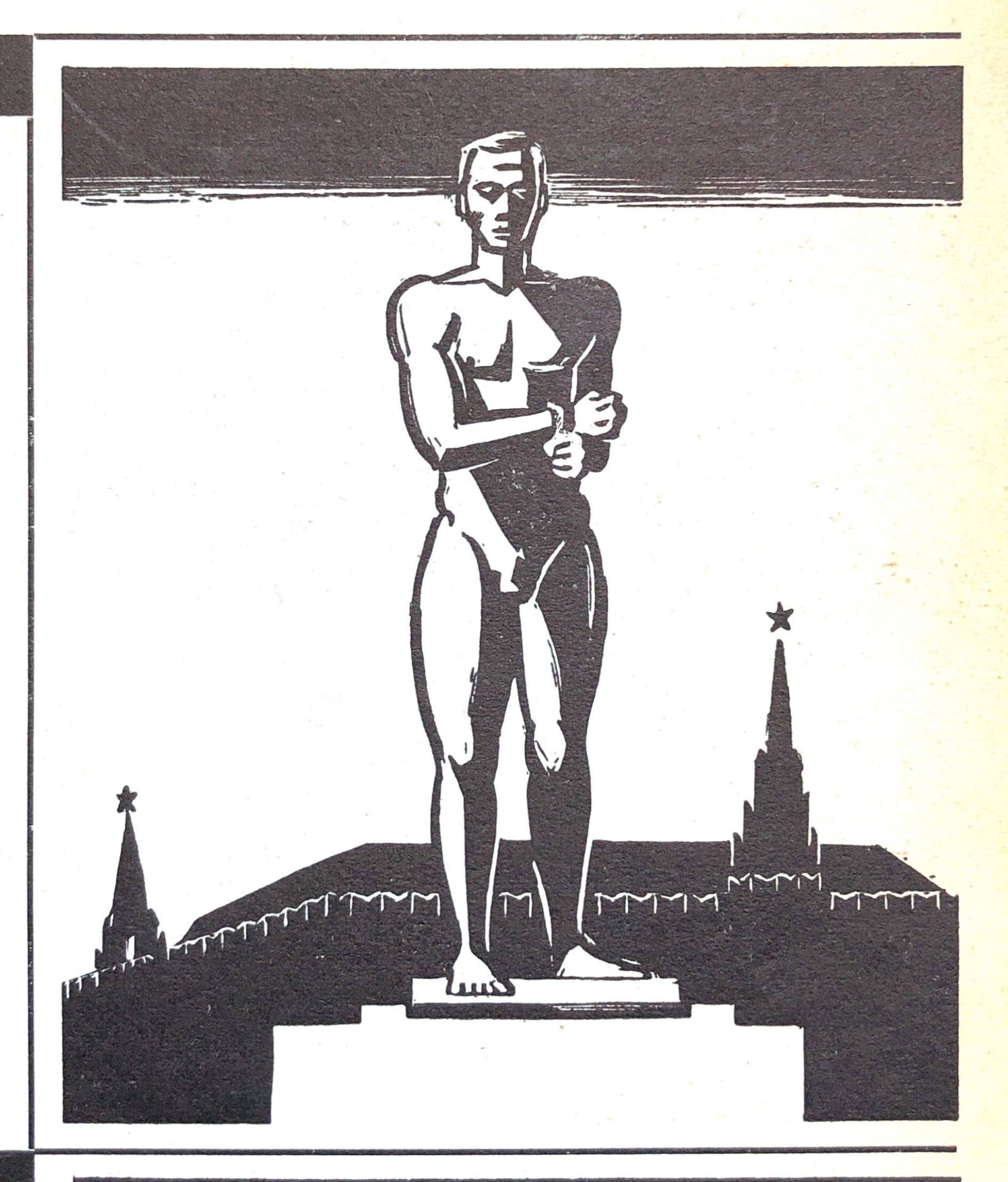
Äquator

DER GROSSE VERRAT

MOSKAU UND DER ANTIFASCHISMUS

INHALT



MONATSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

PREIS 1 DM

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammengestellt und herausgegeben vom
Äquator-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 1, Galvanistraße 6
Mai 1959

Der Kommunismus
und
seine Thesen zum Antifaschismus

Seit vielen Jahren behaupten Kommunisten aller Länder, sie seien die einzig wahre antifaschistische Partei. Das betonten sie in den letzten Jahren des Krieges, in der Nachkriegszeit und verkünden es gerade heute wieder mit besonderer Lautstärke.

Dieser Anspruch verdient eine Untersuchung.

Die folgenden Beiträge zeigen, daß die Kommunisten keine unbedingten Antifaschisten sind, sondern lediglich Träger einer besonders wendigen politischen Strategie und Taktik. Ihre Politik erlaubt ihnen, in gewissen Situationen „antifaschistisch" zu sein. In anderen Fällen wiederum gehen sie mit dem Faschismus bedingungslos zusammen.

Der zeitgenössische Kommunismus verteidigt die sowjetische Politik unter allen Umständen. Wenn diese Politik es erfordert, mit antidemokratischen Kräften ein Bündnis einzugehen, so gibt es für die Kommunisten keine Hemmungen. Wir haben das erlebt, als die Sowjetunion sich mit Hitler verbündete, um ihre großimperialistischen Pläne durchzuführen. In diesem Bündnis war die Ausrottung zahlreicher deutscher Kommunisten beschlossen, die teilweise an Hitler ausgeliefert, teils in der Sowjetunion getötet wurden. Dieses Bündnis schloß die Auslöschung Polens als selbständigen Staat und die direkte Unterstützung Hitlers durch Walter Ulbricht ein. Die Zerschlagung der Kommunistischen Partei Polens durch Stalin, die Sabotage des Warschauer Aufstandes — alles das zeigt eindeutig, daß der internationale Kommunismus immer nur der von Moskau diktierten Taktik folgt, ohne Rücksicht auf andere Grundsätze als solche der Macht. Der echte Antifaschismus aber resultiert aus moralischen und ethischen Gründen, die in den Anschauungen der Demokratie wurzeln.

Von solchen Motiven war zum Beispiel die antifaschistische Aktion der Bewegung vom 20. Juli bestimmt. Die Sabotage dieser deutschen Befreiungsbewegung durch den Kommunismus paßt ebenso in das Bild erbarmungsloser Machtpolitik wie später die öffentliche Verunglimpfung der Männer vom 20. Juli durch Walter Ulbricht. Ulbricht dürfte kaum ein Recht dazu haben. Denn während an allen illegalen Fronten sich Hunderte Hitler zum Kampf stellten, spann Ulbricht weit hinter der Front die Fäden kommunistischer Interessenpolitik.

In bestimmten Perioden ihrer Geschichte waren die Kommunisten nicht nur Verbündete des Faschismus, sondern ausgesprochen antisemitisch. Die Ausrottung der jüdischen Schriftsteller in der Sowjetunion lassen Stalin und Genossen als Antisemiten erscheinen, die Hitler kaum nachstanden. Das Verhalten der Sowjets im spanischen Bürgerkrieg hat deutlich gezeigt, daß sie trotz aller Beteuerungen keinerlei Interesse daran hatten, die Machtergreifung Francos zu verhindern. Auch hier wurden Tausende von Antifaschisten den Bedürfnissen der sowjetischen Führung geopfert.

In diesen Bereich fallen Dutzende von Vertragsbrüchen, beispielloser Zynismus und finstere Amoralität. Es ist an der Zeit, die Legende vom kommunistischen Antifaschismus unter die Lupe zu nehmen. Dann erweist sich, daß die Kommunisten kein Recht haben, sich als führende Vertreter einer antifaschistischen Politik zu bezeichnen.

Der rote Verrat am 20. Juli

Mitten in der Nacht der Hitler-Herrschaft über Deutschland entzündete eine Gruppe von Männern die Fackel des Rechtes und der Freiheit und offenbarte der Welt: es gibt ein anderes Deutschland. Es war der Kreis um die Verschwörung des 20. Juli 1944.

In gemeinsamer Aktion gegen den Hitlerfaschismus hatten sich Repräsentanten aller Gruppen und Schichten zu einer echten nationalen Widerstandsbewegung zusammengefunden: Konservative und Linke, Sozialisten und Rechte, traditionsbewußte Offiziere und Bekenner des Glaubens. Alle vereinigte der Wille, das deutsche Volk von der Herrschaft des Faschismus zu befreien und ihm den Weg in die sichere Katastrophe zu ersparen.

Das Ziel des 20. Juli war, Hitler durch ein Attentat zu beseitigen, die Kommandostellen des Heeres und der Polizei zu besetzen und so dem deutschen Volk das Signal zu einer allgemeinen Erhebung gegen die faschistische Herrschaft zu geben. Vor allem sollte möglichst bald der verhängnisvolle Krieg beendet und der Grundstein für ein freies und demokratisches Deutschland gelegt werden.

Bei der Planung des Aufstandes spielte die Frage, ob man die Kommunisten einschalten könne, eine große Rolle.

Schon einmal in der Vorgeschichte des 20. Juli hatte sich die Zusammenarbeit mit kommunistischen Kreisen verhängnisvoll ausgewirkt. Ein dem späteren Verschwörerkreis nahestehender Einzelgänger, Nikolaus von Halem, hatte bereits 1941 ein Attentat auf Hitler vorbereitet. Den geeigneten Täter glaubte er in einem glühenden Kommunisten und ehemaligen Parteigänger Hitlers, „Beppo" Römer, gefunden zu haben. Dieser war in einem anderen Zusammenhang in Hitlers Konzentrationslagern mißhandelt, später aber freigelassen worden. Von Halem hatte Römer in Berlin untergebracht, wo dieser, gemeinsam mit kommunistischen Aktionsgruppen, das Attentat vorbereiten sollte. Ende Januar 1942 wurde Römer durch einen Genossen an die Gestapo verraten und verhaftet. Mit Folterungen erpreßte man von Römer die Namen der an der Verschwörung Beteiligten. Drei Wochen darauf wurde von Halem verhaftet und später mit 120 Widerstandskämpfern hingerichtet.

Trotz dieser Erfahrungen hatte der 20.-Juli-Kreis noch keine Schlußfolgerungen auf eine bewußte kommunistische Sabotage-Politik gegenüber der vorwiegend bürgerlichen Widerstandsbewegung gezogen.

Die Sozialisten des Verschwörerkreises, wie Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff und Adolf Reichwein wußten nur, daß die kommunistische Untergrundbewegung seit Anbeginn von der Gestapo stark unterwandert war. Zum anderen vermuteten sie ähnlich wie die Militärs, die Kommunisten könnten den Aufstand sabotieren, wenn man sie nicht einbezöge. Schließlich setzte sich die vor allem von Graf von Stauffenberg und Graf von der Schulenburg vertretene Auffassung durch, man müsse mit den Kommunisten Kontakt aufnehmen. Eine Auffassung, die aus der damaligen Situation verständlich war, dann jedoch der ganzen Bewegung um den 20. Juli zum Verhängnis werden sollte.

Am 3. Juli trafen in der Wohnung des Berliner Arztes Dr. Schmidt die Sozialisten Leber und Reichwein mit drei Kommunisten zusammen, die sich als Zentralkomitee der illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands auswiesen; das waren Anton Saefkow, Ernst Jakob und ein Mann namens Schwenk. Gegen alle Regeln der Konspiration erhob sich Saefkow zur Begrüßung: „Guten Tag, Leber, es ist gut, daß Sie kommen." Entschieden wiesen Leber und Reichwein im Verlauf des Gespräches das verdächtige Ansinnen der Kommunisten zurück, ihnen eine persönliche Verbindung zu der Militäropposition zu verschaffen. Doch diese Vorsicht kam zu spät. Einen Tag nach der Zusammenkunft wurden Leber und Reichwein verhaftet. Unter den drei Männern des kommunistischen Zentralkomitees hatte sich ein Spitzel der Gestapo befunden.

Infolge der Verhaftung Lebers und Reichweins überstürzten sich die Aktionen der Verschwörer. Stauffenberg befürchtete, daß nunmehr die Gestapo bald das ganze Komplott aufdecken werde. Unter diesem Zeitdruck traten Improvisationen an die Stelle sorgfältiger Planungen des Attentates und des Putsches. Wenn es auch noch andere Gründe gegeben haben mag, so brachte dieser Zwang zu schnellem Handeln die Aktion 20. Juli in jedem Fall zum Scheitern. Alle Beteiligten mußten sich

am Ende vor dem Volksgerichtshof des Dr. Roland Freisler verantworten. Am Anfang dieser Tragödie stand ein kommunistischer Verrat — hinter den Schranken des Gerichtes agierte ein ehemaliger roter Kommissar.

Wilhelm Scheidt, Mitarbeiter des Generals Scherff, des Geschichtsschreibers im Führerhauptquartier, berichtete später eine Äußerung Hitlers unmittelbar nach dem 20. Juli: „Der Freisler wird das schon machen. Das ist unser Wyschinski."

Kommissar Freisler

Und in der Tat stammt Hitlers Gerichtspräsident aus den Reihen der kommunistischen Weltrevolution. In russischer Kriegsgefangenschaft diente sich Freisler zum bolschewistischen Kommissar hoch und galt später als ein exzellenter Kenner sowjetischer Rechtsprechung und sowjetischen Strafvollzuges. Er war dafür prädestiniert, Hitlers Gesinnungsprozeß nach dem Muster der Moskauer Schauprozesse auszurichten. Freisler kam bei einem Bombenangriff ums Leben. Sonst würde er vielleicht heute das Schicksal seines Gesinnungsgenossen Kurt Lange teilen.

Kurt Lange, 1944 SS-Obersturmbannführer, Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes und Kriminalrat war führendes Mitglied der von Hitler ins Leben gerufenen „Sonderkommission 20. Juli". Dort zeichnete er sich durch besonders brutale Vernehmungsmethoden aus. Heute ist Kurt Lange, nach maßgeblicher Mithilfe beim Aufbau des SSD Mitglied des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik. Offensichtlich eine Belohnung für geleistete Dienste; denn die Schicksale der Opfer des 20. Juli sehen anders aus.

So gehörte Justus Delbrück zu den Verschwörerkreisen des Jahres 1944. Er war ein Freund und Vertrauter der später hingerichteten Widerstandskämpfer Pastor Dietrich Bonhoeffer und Hans von Dohnanyi. Justus Delbrück wurde ebenfalls im Verlauf der Strafverfolgung verhaftet und eingekerkert. Als einer der wenigen überlebte er und wurde von der Roten Armee befreit. Aber noch im gleichen Monat verhaftete ihn die sowjetische Geheimpolizei, ein halbes Jahr später starb er unter nicht geklärten Umständen in deren Haft.

Endgültig Licht in das Dunkel kommunistischer Geheimpläne gegen den antifaschistischen Widerstand der Kreise um den 20. Juli aber sollte erst das Jahr 1955 bringen. Damals veröffentlichte Walter Ulbricht, über all die Jahre der Hitlerherrschaft Moskauer Steuermann der kommunistischen Taktik, seine Ansichten „Zur Geschichte der neuesten Zeit". Hierbei verriet der Generalsekretär der SED Moskaus wahre Absichten:

„Die Projekte und Bestrebungen, den deutschen Monopolherren über den verlorenen Krieg hinweg ihre Macht zu erhalten und einen Ausweg auf Kosten und zum Schaden des deutschen Volkes und der anderen Völker zu finden, werden in der Sprache der deutschen Geschichtsklitterer heute oft als „Widerstand" bezeichnet. Das Attentat auf Hitler wurde in einer Situation vorbereitet, als die Katastrophe Hitlerdeutschlands bereits sichtbar war. Die gleichen Kräfte, die Bourgeoisie, die Hitler mit zur Macht gebracht und die Politik des faschistischen deutschen Imperialismus unterstützt hatten, solange er militärische Erfolge hatte, versuchten beim Herannahen der Niederlage einen Absprung aus dem Zuge."

Das wahre Ziel

Zwischen den Zeilen dieser unwürdigen Verächtlichung des opfervollen Kampfes der Männer, die fast ausnahmslos ihren Einsatz gegen den Faschismus mit dem Leben bezahlt haben, liest man deutlich die Absicht des Kommunismus. Der kommunistischen Zentrale in Moskau ging es weder um einen raschen Sieg über Hitler, noch um eine schnelle Beendigung des Krieges. In ihren imperialistischen Plänen war die rote Herrschaft über Deutschland und Osteuropa schon einkalkuliert. Deshalb lieferte sie der Gestapo alle an das Messer, die ihren Plänen im Wege standen, deutsche Kommunisten, den polnischen Aufstand, die jugoslawische Volksbefreiungsfront und die deutsche Widerstandsbewegung vom 20. Juli 1944.

Die Aktionseinheit NSDAP/KPD

In den letzten Jahren vor der politischen Machteroberung durch den Nationalsozialismus war die deutsche Demokratie in einer akuten Krise. Der Weimarer Staat konnte unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise die Existenz seiner Bevölkerung nicht mehr sichern. Die Demokratie erlebte ihre größte Erschütterung seit 1918. In diesem Auflösungsprozeß spielten sich, immer stärker werdend, zwei radikale und antidemokratische Bewegungen in den Vordergrund: der Kommunismus und der Nationalsozialismus.

Beide Bewegungen wollten dasselbe: den Sturz des Weimarer Staates, die Vernichtung der Demokratie und die Errichtung der Diktatur. Beide Bewegungen verachteten die Demokratie und bekämpften sie mit gleichartigen politischen Mitteln.

Diese Methoden waren der politische Streik, Demonstrationen, Sabotage der Parlamente, individueller und massenhafter Terror. Sie sprengten Versammlungen, griffen zu Attentaten und Fememorden. Für den Außenstehenden waren alle ihre Maßnahmen und Methoden so ähnlich, daß man selten genau wußte, waren das nun die Kommunisten oder die Nazis. Ein unvermeidliches Resultat einer gleichartigen Zielsetzung.

Im Jahre 1931 vereinigten sich die Kommunisten und die NSDAP, um durch einen Volksentscheid die Regierung zu stürzen. Dieser Sturz hatte kein anderes Ziel, als die letzte staatliche Zitadelle der Demokratie in Deutschland, nämlich die preußische Landesregierung unter Otto Braun und Karl Severing, zu beseitigen. Ein Jahr später, 1932, vereinigten sich die Kommunisten mit den nationalsozialistischen Betriebszellen (NSBZ) in Berlin, um durch einen Streik in den Berliner Verkehrsbetrieben die Fieberkurve der Demokratie bis zum kritischen Punkt zu treiben. Das waren typische Beispiele der „Aktionseinheit", zwar nicht der Arbeiterklasse, wie sie heute zum Patentvokabular der SED gehört, wohl aber der faschistischen und kommunistischen Kräfte gegen den demokratischen Staat.

Nun widerspräche es der historischen Objektivität, wollte man nicht sehen, daß beide Gruppen von verschiedenen Ausgangspunkten ausgegangen sind. Jede von ihnen hoffte, daß es ihr gelingen würde, eines Tages die andere zu überspielen und die Alleinherrschaft anzutreten. Bekanntlich glaubte der deutsche Kommunismus, daß Hitlers Herrschaft nur von kurzer Dauer sei, und dann unvermeidlich vom Kommunismus abgelöst würde. Das war ein Trugschluß mit schwerwiegenden Folgen. Weder die sowjetischen noch die deutschen Kommunisten unter der Führung von Ernst Thälmann und Walter Ulbricht hatten eine realistische Vorstellung vom Wesen des Nationalsozialismus. Sie hielten den Nationalsozialismus für eine späte Form der kapitalistischen Welt und schätzten seinen Einfluß auf die Arbeiterbewegung falsch ein.

Das Verbrechen an Thälmann

Als der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht gelangte, brach auch über den deutschen Kommunismus die Katastrophe herein. Und zwar in doppelter Hinsicht. Sie bestimmte das Schicksal der Kommunisten in der Heimat und all derer, die vor den braunen Machthabern in die Sowjetunion geflohen waren.

Für die erste Kategorie ist das Schicksal des Parteiführers Ernst Thälmann, der zusammen mit seinen beiden Sekretären Werner Hirsch und Erich Birkenhauer am 3. März 1933 verhaftet wurde, typisch. Hier wurde kaltblütig ein Mann geopfert, den man aus den nationalsozialistischen Gefängnissen hätte retten können.

Thälmann wohnte damals in einem illegalen Quartier im Berliner Bezirk Charlottenburg, in der Alt-Lietzow-Straße. Ein Kommunist, Alfred Kattner, verriet ihn. Dieser Kattner war dem Geheimdienst der Partei, der für die Sicherheit Thälmanns verantwortlich zeichnete, schon seit langem als unzuverlässig und moralisch verkommen aufgefallen. Bei der Zentrale in der Komintern war seine Ablösung als Vertrauter Thälmanns beschlossen worden. Aber Walter Ulbricht, damals noch Politischer Leiter des Bezirkes Berlin-Brandenburg der KPD, ignorierte diesen Beschluß.

In ihrem Buche „Von Potsdam nach Moskau" schildert Margarete Buber-Neumann: ***„Bei näherer Untersuchung sollte sich sodann herausstellen, daß es nicht etwa Thälmann war, der an Kattner festhielt, sondern Ulbricht, der diesen verdächtigen Mann weiter dazu benutzte, die Verbindung zwischen den einzelnen Berliner Arbeitsgrup-***

pen des nun illegalen Zentralkomitees und dem geheimen Quartier Thälmanns aufrechtzuerhalten.

Als Thälmann drei Tage nach dem Reichstagsbrand in seiner illegalen Wohnung eine Begegnung mit seinen Sekretären Werner Hirsch und Erich Birkenhauer hatte, erschien ganz unerwartet Kattner und überbrachte auf dem von Ulbricht gewünschten Weg die Post des Zentralkomitees. Kurz nach seinem Erscheinen betrat ein Kommando der politischen Polizei die Wohnung und nahm alle Anwesenden fest. Kattner wurde schon nach einigen Tagen aus der Haft entlassen und arbeitete weiter für die Gestapo."

Weiter sagt Margarete Buber-Neumann zu dem Verhalten von Ulbricht, es sei von der Absicht bestimmt gewesen, die Befreiung Thälmanns zu verhindern:

„Lange Zeit hintertrieb es Ulbricht von Paris aus systematisch, für den verhafteten Thälmann einen Anwalt zu besorgen, ließ aber sowohl durch die illegale Presse der KPD als in den kommunistischen Zeitungen des Auslandes eine groß aufgemachte Pressekampagne starten, in der immer wieder davon die Rede war, es drohe Thälmann ein geheimer Prozeß. Mit dieser Methode wollte er die Nationalsozialisten zu einem öffentlichen Prozeß in der Art des Reichstagsbrand-Prozesses treiben, bei dem Thälmann dann nur durch einen Offizialverteidiger vertreten, wahrscheinlich eine mehr als jämmerliche Rolle gespielt hätte. Ulbricht hoffte, auf diese hinterhältige Weise Thälmann politisch zu erledigen. Danach würde, so spekulierte er, die Frage eines neuen Parteiführers für die KPD akut werden und seine Zeit gekommen sein. Als immer wieder Gerüchte auftauchten, wonach die Nazis der Sowjetregierung ein Anerbieten gemacht hätten, Thälmann nach Moskau auszutauschen, machten Ulbricht und Pieck sowohl in Paris unter der Emigrationsparteiführung als auch in Moskau bei der Komintern Stimmung gegen eine derartige Befreiung ihres Parteiführers und argumentierten, daß sich diese Methode, Thälmann zu retten, schlecht auf die Moral der übrigen verhafteten Kommunisten auswirken könnte."

Inzwischen waren von seiten der Komintern dennoch Vorbereitungen zur Befreiung Thälmanns eingeleitet worden und weit vorgeschritten. Im Untersuchungsgefängnis Moabit war ein Wachtmeister namens Moritz, ein heimliches Mitglied der KPD, der Vertraute der Komintern. Moritz hatte schon zwanzig Jahre in Moabit Dienst getan und hatte im Sommer 1934 das Stockwerk des Gefängisses zu beaufsichtigen, in welchem Thälmanns Zelle lag. Der illegale Parteiapparat trat mit Thälmann in Verbindung und unterrichtete ihn von den Befreiungsplänen. Thälmann war einverstanden und Moritz übergab den Leuten des illegalen Apparates für kurze Zeit die Schlüssel von zwei Durchgangstüren und der Ausgangspforte in die Straße Alt-Moabit. Es wurden Nachschlüssel angefertigt, der Tag der Flucht war festgelegt. Moritz sollte Thälmann ins Erdgeschoß bringen und ihn in einer Besenkammer verstecken. Dann hatte Moritz sich zu entfernen und den Hauptwachtmeister in ein längeres Gespräch zu verwickeln, während Thälmann in der Zwischenzeit von den Apparatleuten aus dem Gefängnis in ein bereitstehendes Auto gebracht werden sollte. Das Gegenteil trat ein:

„Vierundzwanzig Stunden bevor diese Aktion stattfinden sollte, kam aus Paris vom AK (Auslandskomitee der KPD), also von Ulbricht und Pieck, der Befehl: dieser Befreiungsversuch habe zu unterbleiben. Falls jemand es wagen sollte, dieser Anordnung entgegenzuhandeln, werde er als Provokateur betrachtet und sofort aus der Partei ausgeschlossen ... Als man dem Wachtmeister Moritz diese Mitteilung überbrachte, nahm er sich am Abend nach Dienstschluß das Leben ..."

(Margarete Buber-Neumann)

Später, vor allem während der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, hatte die Sowjetunion mehr als einmal die Möglichkeit, Thälmanns Auslieferung zu erwirken. Bekanntlich gelang es der Sowjetregierung, den ungarischen KP-Führer Mathyas Rakosi gegen einige ungarische Fahnen auszutauschen, die während der Kämpfe 1848/1849 von den damaligen zaristischen Truppen in Ungarn erbeutet worden waren.

Einer von Tausenden

Ernst Thälmann wurde nicht befreit, sondern im KZ Buchenwald ermordet. Der Mord des deutschen KP-Führers fand unter eklatanter Beihilfe der Kommunisten selbst statt. Sein Schicksal widerlegt die These, die Kommunisten seien die wahren Antifaschisten. Ernst Thälmanns Tod beweist, der Antifaschismus ist für den Kommunismus nur ein Tarnbegriff für nackte und erbarmungslose Machtpolitik.

Thälmanns Schicksal ist aber nur eines von vielen Tausenden. Zahlreiche deutsche kommunistische Funktionäre flohen vor Hit-

ler in die Sowjetunion, das „Heimatland aller Werktätigen". Hier kamen sie vom Regen in die Traufe. Stalin war gerade dabei, abermals die KPdSU von allen ihm unliebsamen Genossen zu „säubern"; in diesen Prozeß wurden der Einfachheit halber alle ausländischen Kommunisten mit einbezogen, die während dieser Zeit in der Sowjetunion Schutz suchten.

In der damaligen Liquidationswelle Stalins gingen zugrunde: der Partei-Mitbegründer Hugo Eberlein, der als deutscher Vertreter 1919 die Komintern mitbegründete, Heinz Neumann, einer der bedeutendsten Parteiführer der dreißiger Jahre, Hermann Remmele, langjähriges Mitglied des ZK der KPD, Leo Flieg, Heinrich Süßkind, Sauerland und ungezählte andere, die zu den führenden Mitgliedern der Partei in Deutschland gehört hatten.

Die Statistik beweist, daß in der SU mehr kommunistische Funktionäre getötet wurden als in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Die kommunistische Elite der Weimarer Republik wurde in Rußland ausgerottet. Es besteht kein Zweifel daran, daß in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands sich viele Genossen befanden, die trotz aller taktischen Manöver überzeugte Antifaschisten waren. Sie befanden sich in einem ununterbrochenen Konflikt zwischen ihrer Überzeugung und den Anweisungen ihrer eigenen Parteiführung und der Moskauer Zentrale. Auch sie wurden skrupellos den parteiinternen Auseinandersetzungen geopfert. Mit ihnen wurde das tatsächlich vorhandene antifaschistische Potential zu einer Zeit entscheidend gemindert, als die linke Widerstandsbewegung in Deutschland noch stark war.

Das Bündnis mit dem Faschismus

Als die Sowjetunion mit Hitler ihren berüchtigten Pakt schloß, war die KPD gezwungen, diesen Pakt offiziell zu verteidigen. Das drängte sie in eine Position gegen alle demokratischen und sozialistischen Kräfte, die das Bündnis der beiden Diktatoren zu recht kritisierten. Walter Ulbricht zeichnete sich auch hierbei durch besonderen Eifer aus.

In Stockholm brachte die Zeitschrift „Die Welt" in ihrer Nr. 6 vom 9. Februar 1940 Walter Ulbrichts Polemik gegen den sozialdemokratischen Theoretiker Dr. Hilferding, der geäußert hatte, man müsse im Krieg zwischen Hitler und den Westmächten rückhaltlos und ohne Vorbehalt für den Sieg Frankreichs und Englands eintreten. Ulbricht war natürlich anderer Meinung und schrieb ungeniert:

„Viele Werktätige, die den Sozialismus wollen, begrüßen den Pakt besonders, weil er die Freundschaft zum großen Land des Sozialismus stärkt."

Das geschah in einem Augenblick, zu dem zahllose deutsche Kommunisten von Stalin und Hitler gemeinsam verfolgt und ausgerottet wurden. Walter Ulbricht übersah das einfach und meinte:

„Die deutsche Regierung (also die Regierung Hitlers) erklärte sich zu friedlichen Beziehungen zur Sowjetunion bereit, während der englisch-französische Kriegsblock den Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion will. Das Sowjetvolk und das werktätige Volk Deutschlands haben ein Interesse an der Verhinderung des englischen Kriegsplanes. Das Sowjetvolk und das werktätige Volk Deutschlands wünschen eine baldige Beendigung des Krieges in einer Weise, die den Interessen der werktätigen Massen entspricht."

Zu dieser Zeit hatten alle demokratischen Völker, besonders die Sozialisten, ein einziges gemeinsames Interesse, den Hitler-Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Der „englische Kriegsplan", von dem Ulbricht sprach, diente diesem Zweck. Die Sowjetunion verfolgte andere Ziele. Sie unterstützte das Dritte Reich nicht nur mit Lieferungen, sondern sicherte ihm sogar den Rücken für seinen Krieg gegen den Westen.

Ulbricht begründet das so:

„Wenn Hilferding und die anderen früheren sozialdemokratischen Führer ihre Kriegspropaganda gegen den deutsch-sowjetischen Pakt richten, so deshalb, weil der englische Plan um so weniger zum Ziel führt, je tiefer die Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und dem sowjetischen Volke in den werktätigen Massen verwurzelt ist. Deshalb sehen nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele sozialdemokratische Arbeiter und nationalsozialistische Werktätige ihre Aufgabe darin, unter keinen Umständen einen Bruch des Paktes zuzulassen. Wer gegen die Freundschaft des deutschen und des sowjetischen Volkes intrigiert (also gegen den Hitler-Stalin-Pakt),

ist ein Feind des deutschen Volkes und wird als Helfershelfer des englischen Imperialismus gebrandmarkt. ... Vor dem deutschen Volke wie vor den im deutschen Nationalitätenstaat eingegliederten Völkern (so nannte Ulbricht die von Hitler mit Gewalt herbeigeführte Unterdrückung der osteuropäischen Völker!) steht die Frage: nicht mit dem englischen Großkapital für die Ausdehnung des Krieges und ein neues Versailles, sondern mit der Sowjetunion für den Frieden, für die nationale Unabhängigkeit, für die Freundschaft der Völker."

Aus dieser Ansicht von Ulbricht folgt, daß er das Bündnis von Hitler und Stalin damals ohne Einschränkung wünschte. Das Ergebnis der Hitlerschen Eroberungen und Unterdrückungen in Osteuropa nannte er einen „Nationalitätenstaat", die räuberischen Methoden nannte Ulbricht: „Eingliedern".

Der hier in den höchsten Tönen vom heutigen SED-Chef gelobte Stalin-Hitler-Pakt hatte noch eine andere Auswirkung: Er brach der linken Widerstandsbewegung in Deutschland das Rückgrat. Alte treue Parteimitglieder, die täglich in konspirativer Arbeit ihr Leben riskierten und Not wie Entbehrungen ertrugen, um auf ihre Weise den Kampf gegen den deutschen Faschismus zu führen, sahen sich allein gelassen und betrogen: von ihrer Partei und der Sowjetunion um machtpolitischer Erwägungen willen verraten.

Die kommunistischen Emigranten in den westlichen Staaten, die eben unter größtem Risiko ihre Heimat gerade wegen des Faschismus verlassen hatten, sahen sich plötzlich in die Rolle faschistischer Bündnisgenossen gedrängt. Bei allen wirklichen Antifaschisten ihrer Gastländer gerieten sie in ein völlig falsches Licht und wurden entsprechend mißtrauisch bewertet. So war die gesamte kommunistische Widerstandsbewegung gegen den Faschismus — im In- und Ausland — gelähmt und zur Ohnmacht verurteilt. Die sowjetisch-hitlerische Kumpanei hatte sie gespalten und ihrer Kraft beraubt. Seit jenen historischen Ereignissen hat der Kommunismus den Nimbus des „Antifaschismus" verloren. Seit dieser Zeit bezweifelt jeder Kenner zu recht diesen Antifaschismus, selbst dann, wenn seine Parolen aus taktischen Erwägungen hin und wieder von Moskau verkündet werden.

TELEGRAMM

Der deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Moskau, 6. September 1939 17.46 Uhr

Ankunft: 6. September 1939 20.15 Uhr

Da Kriegsangst, insbesondere Furcht vor deutschem Angriff, Stimmung hiesiger Bevölkerung in den letzten Jahren stark beeinflußt, wurde Abschluß Nichtangriffspakt mit Deutschland allgemein mit großer Erleichterung aufgenommen und begrüßt. Allerdings wird plötzliche Schwenkung der Politik der Sowjetregierung nach jahrelanger eindringlicher gegen deutschen Aggressor gerichteten Propaganda von Bevölkerung vorläufig noch schlecht verstanden, insbesondere stößt Feststellung amtlicher Agitatoren, daß Deutschland kein Aggressor mehr sei, teilweise auf erhebliche Zweifel. Sowjetregierung tut alles, um Einstellung hiesiger Bevölkerung gegen Deutschland zu ändern. Presse ist wie umgewandelt. Angriffe auf Haltung Deutschlands haben nicht nur völlig aufgehört, sondern auch Darstellung außenpolitischer Vorgänge fußt vorwiegend auf deutschen Nachrichtenquellen, aus Buchhandel wird antideutsche Literatur entfernt u. a.

Beginn Kampfes zwischen Deutschland und Polen hat hiesige Öffentlichkeit stark beeindruckt und in weiten Kreisen erneut Furcht wachgerufen, daß die Sowjetunion in Krieg hineingezogen werden könnte. Jahrelang genährtes Mißtrauen gegen Deutschland kann trotz wirksamer Gegenpropaganda, die in Partei und Betriebsversammlungen geübt wird, nicht so schnell beseitigt werden. Von Bevölkerung wird Befürchtung geäußert, daß Deutschland, nachdem es Polen zerschlagen hat, sich gegen Sowjetunion wenden könnte. Erinnerung an deutsche Stärke im Weltkrieg ist allenthalben noch lebendig.

Für Beurteilung hiesiger Verhältnisse Tatsache maßgebend, daß Sowjetregierung es bisher aber meisterhaft verstanden hat, Stimmung Bevölkerung in dem von ihr gewünschten Sinne zu beeinflussen und es auch diesmal an der erforderlichen Propaganda nicht fehlen läßt.

Schulenburg

Verrat in Spanien

Der spanische Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 war das Vorspiel des großen Krieges in Europa und der Welt. Auf dem Boden der iberischen Halbinsel prallten zum ersten Male die vereinten nationalsozialistischen und faschistischen Kräfte auf den internationalen Kommunismus. In diesem blutigen Bürgerkrieg zeichneten sich bereits spätere Fronten ab.

Die vollständige Geschichte dieser Ereignisse ist noch nicht geschrieben, und es besteht zunächst noch wenig Hoffnung, daß alle Einzelheiten der spanischen Tragödie enthüllt werden, solange die Sowjetunion der Weltöffentlichkeit ihre Geheimnisse vorenthält. Aus allen Veröffentlichungen über die Vorgänge in Spanien geht aber hervor, daß die Sowjetunion sich von den gleichen Grundsätzen leiten ließ, die ihr späteres Bündnis mit Hitler bestimmten. Im Vordergrund stand auch hier das sowjetische Machtinteresse, gleichgültig, ob es mit den Interessen des spanischen Volkes oder der spanischen Sozialisten und Kommunisten übereinstimmte.

Die Schuld Stalins

Dieser Tatbestand wird durch ein Buch erhellt, dessen Verfasser Mitglied des Politbüros der spanischen kommunistischen Partei war. Jesus Hernandez, 1907 in Murcia geboren und Schüler der Lenin-Schule in Moskau, redigierte das Zentralorgan der KP Spaniens „Mundo Obrero". Während des Bürgerkrieges war er Minister für Volksbildung in der Volksfrontregierung des spanischen Sozialisten Negrin und seit 1938 der Oberste Politische Kommissar der Zentral- und der Südfront. 1945 brach er mit dem Kommunismus; 1952 erschien sein Buch „Ich war Stalins Minister" zunächst in Mexiko in spanischer Sprache, später in französischer Übersetzung in Paris und in serbokroatischer Übersetzung in Belgrad.

Hernandez spricht in seinem Buch von der Schuld Stalins an der Niederlage der spanischen Republik und seiner Verantwortung für die Ermordung von ungezählten Kommunisten, Sozialisten und Republikanern. Stalin ließ auch alle jene Männer beseitigen, die in der ersten Phase des Bürgerkrieges aus der Sowjetunion nach Spanien geschickt worden waren. Darunter befanden sich der berühmte sowjetische Journalist Michail Kolzow, damals Chefredakteur der „Prawda", und das führende Mitglied der kommunistischen Jugendinternationale Lominadse. Es wurden sogar russische Dolmetscher liquidiert, welche die erste Gruppe von Sowjetoffizieren nach Spanien begleitet hatten. Hernandez hierzu: *„Stalin ermordete diese Männer, weil sie lebende Zeugen für sein betrügerisches und anti-sozialistisches Spiel in Spanien waren, weil sie gesehen hatten, daß die Sowjetunion am gleichen Tisch saß, an dem die internationalen Spieler um das Schicksal Spaniens würfelten. Der Mann der großen sozialistischen Lüge sah das spanische Spiel klar und einfach: das spanische Volk wird geopfert, Hitler wird nach Westen gedrängt, fort von den Sowjetgrenzen. Wird Hitler nach Westen gedrängt, dann vergrößert sich die Furcht der eingeschüchterten Staatsmänner in England und Frankreich, und sie werden gezwungen, gegenüber der Sowjetunion nachgiebig zu sein. Um dieses schmutzige Spiel, das Vorspiel zum deutsch-sowjetischen Pakt durchzuführen, mußte der Krieg in Spanien eine gewisse Zeit dauern. Ein schneller Sieg des spanischen Volkes lag nicht in Stalins Interesse, da er für seine Spekulation mit Deutschland Zeit brauchte. Daher unterstützte Stalin das spanische Volk nicht, als die Voraussetzungen für einen schnellen Sieg der Republik günstig lagen."*

Das republikanische Spanien ging, da die Sowjetunion niemals entscheidende militärische Hilfe zu leisten bereit war, ruhmvoll und tapfer unter. Mit Tränen in den Augen, so schreibt Hernandez, verteidigten die spanischen Sozialisten und Republikaner ihre Heimat.

„In den dramatischsten Stunden unseres Widerstandes am Ebro, als die Regierung in höchster Not halbe Kinder und Männer über 45 Jahren mobilisierte, fanden die Bemühungen der amtlichen Pariser und Londoner Kreise, die Freiwilligen der Internationalen Brigaden zurückzuziehen, in Moskau einen bedingungslosen Fürsprecher. In den kritischsten Augenblicken der Republik, gerade als wir die Männer aus den Internationalen Brigaden am dringendsten brauchten, gab die Sowjetunion den Rückzugs-

befehl, wobei sie uns garantierte, sie würde sich bemühen, daß auch auf der Gegenseite Hitlers und Mussolinis Truppen aus der Franco-Zone zurückgezogen würden. Diese Versprechungen gegenüber unserer Partei und unserer Regierung waren aber nichts als leere Phrasen.

Am 30. September 1938 informierte Alvarez del Vayo, ein treuer Dolmetscher der Politik des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in der Sowjetunion und Außenminister der spanischen Republik, den Völkerbund über die Absicht der republikanischen Regierung, alle Freiwilligen der Internationalen Brigaden aus dem Gebiet der Republik zurückzuziehen. 13 Tage nach unserem Rückzug auf die Ausgangsstellungen am linken Ebro-Ufer — das war am 13. November — verabschiedeten sich, überschüttet von einem Sturm des Beifalls, der Umarmungen und der Grüße, die Kämpfer der ruhmvollen Internationalen Brigaden mit einem Marsch durch die Straßen Barcelonas. In ihren Reihen fehlten 8000 Kämpfer, die die spanische Erde für immer in ihrem Schoß hütet, als Symbol für den vollendetsten Ausdruck internationaler Solidarität, der antifaschistischen Einheitsfront, der proletarischen Ehre und des proletarischen Mutes.

Wußten die Männer aus Moskau, wußten die sowjetischen Militärberater, daß diese Zehntausende internationaler Freiwilliger einen Kampfschatz der Republik darstellten, daß sie eine besonders wertvolle Kraft in diesen Stunden gewesen wären, da unsere Armeen aus ihren Stellungen am Ebro geworfen wurden? Sie wußten es. Wußten sie, was es bedeutete, die Widerstandsfähigkeit unserer erschöpften Armee zu schwächen? Sie wußten es. Wußten sie, daß ihre Versprechungen, sie würden sich um eine Gegenseitigkeit in der Franco-Zone bemühen, Lügen waren? Sie wußten es. Die Schlußfolgerung ist klar. Die Sowjetunion wollte der Republik jede weitere Widerstandsmöglichkeit nehmen."

Wie zum Hohn aber ließ sich Stalin seine „Hilfe" an Spanien hoch bezahlen. Im Jahre 1936 betrugen die Goldreserven des spanischen Staates 2 258 569 908 Goldpeseten, zu 70% in goldenen Pfundmünzen. Die Sowjets forderten für Waffenhilfe an die spanische Republik 510 592 Gramm Gold. Das entsprach einem Wert von 1 581 642 100 Goldpeseten, war also mehr als die Hälfte der spanischen Goldreserve. Am 6. November landete in Odessa ein Schiff mit 7800 Kisten spanischen Goldes. Wie die Sowjets die Zeugen ihres Raubzuges beiseite schafften, darüber schreibt Hernandez:

„Als der Spanienkrieg zu Ende ging, hatte Stalin, wie er dies schon vorher mit den ersten Militärberatern getan hatte, sein Land von unbequemen Zeugen für den Raub des spanischen Staatsschatzes gesäubert. Den Kommissar für Finanzwesen, Grinko, ließ er erschießen, den Direktor der Staatsbank, Margilis, irgendwo in Sibirien begraben, ebenso den stellvertretenden Direktor Kagan und viele andere. Als der Spanienkrieg zu Ende ging, begann Stalin, statt die Reste der spanischen Goldreserven der republikanischen Exilregierung zur Verfügung zu stellen, seelenruhig mit dem Verkauf des spanischen Goldes. Die UdSSR wurde nicht zuletzt dadurch zu einem der wichtigsten Goldausfuhrländer. Bis heute hat die Sowjetunion noch keine Rechenschaft abgelegt und wünscht es auch nicht zu tun. Auch heute erkennt sie keine spanische Exilregierung an."

Neuerdings versucht die Sowjetregierung, mit dem spanischen Goldschatz Offerten an die Franco-Regierung in Madrid zu machen. Sie bot spanisches Gold als Lockmittel an, um die diplomatische Anerkennung der Madrider Regierung zu erlangen.

Der Stalin-Hitler-Pakt

Im Sommer 1939 begann die Annäherung zwischen den beiden Diktatoren Stalin und Hitler. Bis dahin hatte Stalin in der Furcht gelebt, die Westmächte könnten sich mit Hitler verbünden und die Sowjetunion eines Tages angreifen. Das glaubte er aus dem Münchner Abkommen folgern zu sollen, in dem der Westen sich außerordentlich weich zeigte. Im Sommer 1939 hatte man den Fehler von München im Westen jedoch erkannt und trat eindeutig gegen die aggressiven Pläne Hitler-Deutschlands auf. Diese erneuten Spannungen zwischen den Westmächten und Deutschland nahmen Stalin die Angst vor einem gemeinsamen Angriff.

In dieser Situation sah er die Möglichkeit, die imperialistischen Ziele der sowjetischen Politik auf Kosten eines der beiden Kontrahenten zu verwirklichen. England hatte den Sowjets im Mai 1939 einen Beistandspakt angeboten. Diese Verhandlungen griff die Sowjetunion wieder auf. Am 12. August begannen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion in Moskau entsprechende Verhandlungen. Stalin forderte für seinen Beitritt, der Sowjetunion solle das Recht zuerkannt werden, Truppen nach Polen, in die baltischen Staaten und andere Interessengebiete zu senden. Die westlichen Unterhändler erklärten sich mit dieser Regelung nur einverstanden, wenn die betreffenden Staaten selbst ihre Zustimmung dazu geben würden. Diese vom Westen erwogene Einwilligung wurde jedoch nicht erteilt.

Während diese Verhandlungen noch liefen, fanden gleichzeitig auch Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland statt. Stalin war sich darüber völlig im klaren, daß Hitler einen Angriff auf Polen vorbereitete und deshalb an einem Übereinkommen mit Rußland interessiert war. Da ein Krieg mit Polen den Kriegseintritt von England und Frankreich bedeuten konnte, war es für den deutschen Diktator wichtig, wenigstens die UdSSR neutral zu wissen. Hitler war aus diesem Grund zu Konzessionen bereit.

Für die Weltöffentlichkeit war der Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen Hitler und Stalin am 23. August 1939 sensationell. Eine völlige Überraschung bemächtigte sich nicht nur des ganzen Auslandes, sondern auch der Völker und Parteiangehörigen der beiden Vertragsländer selbst. Niemand konnte begreifen, warum sich die beiden heftigsten Gegner urplötzlich zu einem Bündnis zusammenfanden. Das Geheimnis dieses Paktes lag in einem Zusatzprotokoll, in dem Stalin seine imperialistischen Ansprüche, die er bei den westlichen Verhandlungspartnern nicht durchsetzen konnte, garantiert bekam.

In diesem geheimen Teil des Abkommens waren die Teilung des Baltikums, die Teilung Polens und die sowjetischen Ansprüche auf Bessarabien festgelegt worden. Für die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs hatte Stalin seine bisherige antifaschistische Konzeption ohne Bedenken geopfert. Durch die Art seiner doppelgleisigen Verhandlung hatte er zugleich an den wirklich antifaschistischen Kräften, den Westmächten, Verrat geübt. Denn alle Verhandlungen der Westmächte in Moskau hatten das Ziel, durch einen Pakt mit Rußland den Hitlerschen Angriff auf Polen unmöglich zu machen.

Daß Hitler nur auf den Abschluß dieses Abkommens mit Stalin gewartet hatte, geht einwandfrei daraus hervor, daß er bereits zehn Tage später den Angriff auf Polen eröffnete. Ohne die Rückendeckung durch die Sowjetunion hätte er diesen Krieg nicht riskieren können. Damit steht fest, daß der von Stalin geschlossene Pakt nicht nur ein Verrat an der eigenen Sache, sondern eine unmittelbare Hilfe für die Aggression durch den Faschismus war.

Stalin ging jedoch noch viel weiter. Er ermöglichte durch seine von imperialistischen Zielen bestimmte Politik nicht nur den Krieg überhaupt — er unterstützte Hitler nunmehr auch ideologisch-propagandistisch und wirtschaftlich. Am 28. September 1939 wurde zunächst im deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag die Teilung Polens sanktioniert. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde die Aufteilung des Baltikums in Interessengebiete erneut verankert. In einem weiteren Geheimprotokoll verpflichteten sich die beiden Partner, auf Propaganda zu verzichten, die auf das Gebiet des anderen hinüberwirkt. Damit hatte die Sowjetunion

auch offiziell die antifaschistische Propaganda eingestellt.

Denn eine geradezu unwahrscheinliche Kehrtwendung hatte die Sowjet-Propaganda schon vorher vollzogen, indem sie den bisherigen Antifaschismus als Gefahr für das eigene Land bezeichnete. Am 31. August 1939 — also einen Tag vor Kriegsausbruch — erklärte Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet:

„...Stalin entlarvte das Geschrei der britischen, französischen und amerikanischen Presse über Deutschlands ‚Pläne', die Sowjet-Ukraine zu annektieren, indem er sagte: ‚Es sieht so aus, als ob es der Zweck dieses verdächtigen Geschreis wäre, die Sowjetunion gegen Deutschland aufzuhetzen, die Atmosphäre zu vergiften und ohne sichtbaren Grund einen Konflikt mit Deutschland zu provozieren.' — Es muß zugegeben werden, daß es selbst in unserem eigenen Land einige kurzsichtige Leute gab, die, irregeleitet durch allzu vereinfachte antifaschistische Propaganda, diese Provokationsarbeit unserer Feinde vergaßen."

„Überholte Formeln"

Die Feinde waren nach Molotows Interpretation demnach die Westmächte, nicht aber der Faschismus. Antifaschistische Propaganda war eine falsche Vereinfachung geworden. Aber die Sowjetunion ging noch weiter. Am 31. Oktober 1939 — nach der polnischen Kapitulation — sprach Molotow vor dem Obersten Sowjet:

„Gewisse alte Formeln — Formeln, die wir noch kürzlich gebrauchten und an die viele Leute gewöhnt waren — sind nun offensichtlich überholt und unanwendbar. Wir wissen zum Beispiel, daß in den letzten Monaten die Begriffe ‚Aggression' und ‚Aggressor' eine neue konkrete Bedeutung erhalten haben ...

... Die herrschenden Kreise Englands und Frankreichs haben in letzter Zeit versucht, sich als Vorkämpfer der demokratischen Rechte der Nationen gegen den Hitlerismus hinzustellen, und die britische Regierung hat verkündet, daß ihr Ziel im Krieg gegen Deutschland nicht mehr und nicht weniger ist als die Vernichtung des Hitlerismus. Das bedeutet, daß die britischen und mit ihnen die französischen Kriegsbefürworter gegen Deutschland einen Krieg führen, der seinem Wesen nach ein ideologischer Krieg ist und an die Religionskriege alter Zeiten erinnert ...

... Es gibt aber absolut keine Rechtfertigung für solch einen Krieg. Wie bei jedem anderen ideologischen System kann man die Ideologie des Hitlerismus annehmen oder verwerfen — das ist eine Frage der politischen Ansichten. Aber jeder wird begreifen, daß eine Ideologie nicht durch Gewalt vernichtet, daß sie durch Krieg nicht ausgemerzt werden kann. Es ist deshalb nicht nur unsinnig, sondern verbrecherisch, solch einen Krieg zu führen — einen Krieg zur Vernichtung des Hitlerismus, der als Kampf für die Demokratie getarnt ist."

Die Vernichtung des Faschismus war nach offizieller sowjetischer Lesart also auch nach Hitlers Aggression gegen Polen ein ‚Verbrechen'. Molotow war das noch nicht genug; er begrüßte die Erfolge des Faschismus und rühmte, sie seien mit Hilfe der Sowjetunion erreicht worden. Zur Eroberung von Paris schickte er Hitler ein Glückwunschtelegramm und nach der Kapitulation Frankreichs sagte er am 1. August 1940 vor dem Obersten Sowjet:

„Es ist nicht notwendig, hier alle Gründe zu erörtern, die Frankreichs Niederlage herbeiführten ... Gewiß war die schlechte militärische Vorbereitung nicht der einzige Grund ... Von erheblicher Bedeutung war auch die Tatsache, daß — anders als in Deutschland — die führenden Kreise in Frankreich die Rolle und das Gewicht der Sowjetunion in europäischen Angelegenheiten zu leicht nahmen."

Zweifellos spielte Molotow dabei nicht nur auf die ideologische Hilfe und die militärische Rückendeckung für Hitler an, sondern auch auf die wirtschaftliche Unterstützung für den Faschismus. Inzwischen war nämlich das Kreditabkommen zwischen der Sowjetunion und Deutschland vom 19. August 1939 durch einen Handelsvertrag vom 11. Februar 1940 ergänzt wor-

---

Durch das Kreditabkommen vom 19. August 1939 und den Handelsvertrag vom 11. Februar 1940 verpflichtete sich die Sowjetunion, innerhalb der ersten zwölf Monate die folgenden wichtigen Rohmaterialien und Lebensmittel an Deutschland zu liefern:

1 000 000	Tonnen	Futtergetreide und Gemüse
900 000	„	Erdöl
100 000	„	Baumwolle
500 000	„	Phosphate
100 000	„	Chromerze
500 000	„	Eisenerze
300 000	„	Eisenschrott und Roheisen
2 400 kg		Platin
		sowie Manganerze, sonstige Metalle, Holz und verschiedene andere Rohmaterialien.

---

den. In diesem Vertrag verpflichtete sich Rußland, erhebliche Mengen kriegswichtiger Rohstoffe und Lebensmittel zu liefern. Die britische Regierung stellte nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges fest, daß Hitler von der Sowjetunion rund 1 Million Tonnen Petroleum, Schmieröl und Flugzeugbenzin erhalten habe, und daß über Rußland 500 000 Tonnen (Gummi, Zinn, Kupfer und Wolfram) aus Japan

DOKUMENTE

Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt vom 23. 8. 1939

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel I. Die beiden vertragsschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel II. Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel III. Die Regierungen der beiden vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel IV. Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel V. Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Einsetzung von Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel VI. Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, soweit nicht einer der vertragschließenden Teile ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel VII. Der gegenwärtige Vertrag soll möglichst innerhalb einer kurzen Frist ratifiziert werden. Die Ratifizierungsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, am 23. August 1939

Für die
Deutsche Reichsregierung:
v. Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
W. Molotow

Geheimes Zusatzprotokoll

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphäre Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen, und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, am 23. August 1939

Für die
Deutsche Reichsregierung:
v. Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
W. Molotow

nach Deutschland gelangt waren. Im englischen Unterhaus hatte der britische Minister für wirtschaftliche Kriegsführung hierzu am 28. Januar 1941 bemerkt:

„Uns liegen ausreichende Beweise vor, daß die Sowjets russische Ware nach Deutschland ausführen und sie durch Einfuhren aus den Vereinigten Staaten ersetzen ..."

An sich war das Handelsabkommen als ein Warenaustausch zwischen Deutschland und der Sowjetunion gedacht. Hitler erfüllte seine Verpflichtungen jedoch nur in der Anfangszeit und blieb dann mit den Lieferungen ganz erheblich im Rückstand. Die Sowjetunion sah über diesen Umstand jedoch hinweg und setzte allen Ehrgeiz darein, ihre Lieferungen weiterhin pünktlich auszuführen. Das faschistische Kriegspontential wurde auf diese Weise von Stalin ganz erheblich unterstützt. Hitler konnte nicht nur seine Ware behalten, er bekam dazu noch die sowjetischen Lieferungen ohne Schwierigkeiten weiter.

Für Stalin war der Pakt mit Hitler so gewinnbringend geworden, daß er glaubte, sich diese Wirtschaftshilfe ohne weiteres leisten zu können. Er hatte immerhin drei Staaten kassiert: Estland, Lettland und Litauen — und wichtige Teile von Polen, Finnland und Rumänien gewonnen. Dem Sowjet-Imperium waren damit rund 175 000 Quadratmeilen fremden Territoriums mit etwa 22,5 Millionen Menschen fremder Nationen einverleibt worden. Ein Vorgehen, das in krassestem Widerspruch zu allen Propagandathesen des Kommunismus über Kolonialismus und Selbstbestimmungsrecht der Völker steht.

Stalins mißlungenes Geschäft

Stalin genügten diese Erfolge immer noch nicht. Im November 1940 fuhr Molotow nach Berlin, um hier Verhandlungen über einen Beitritt der Sowjetunion zum Dreier-Pakt Deutschlands mit Italien und Japan zu führen. Ähnlich wie 1939 wollte er Rußlands Beteiligung gegen bestimmte Konzessionen verkaufen. Bei Kriegsende wurden diese Dokumente über diese Verhandlungen beschlagnahmt, sie wurden später vom amerikanischen Außenminister James F. Byrnes teilweise veröffentlicht. Danach verlangte Molotow für eine engere Zusammenarbeit mit dem Faschismus: 1. Die deutschen Truppen müssen Finnland verlassen. 2. Einrichtung einer sowjetischen Land- und Flottenbasis in den türkischen Meerengen. 3. Anerkennung der sowjetischen Ansprüche im Gebiet südlich von Baku und Batum in einer allgemeinen Richtung auf Iran und den Persischen Golf. 4. Japan muß seine Konzessionen in Nordsachalin aufgeben.

Alle Punkte laufen auf eine Erweiterung des sowjetischen Imperiums hinaus. Für diese weiteren Anektionen wäre Rußland bereit gewesen, nicht nur mit Hitler, sondern auch mit dem italienischen Faschismus und Japan einen Pakt abzuschließen. Es ist schwer vorstellbar, welche Folgen es gehabt hätte, wenn Hitler auf Stalins Bedingungen eingegangen wäre. Offensichtlich hatte Hitler jedoch damals, vom eigenen Macht- und Erfolgsrausch gepackt, bereits andere Pläne. Die Sowjetunion erhielt auf diese Forderungen keine Antwort.

Welche Ungeheuerlichkeit dieser Pakt zwischen Stalin und Hitler in jedem Fall war, wurde der Sowjetunion erst klar, als der Faschismus ihn brach und Rußland überfiel. Der Kreml bezahlte seine eigene Neigung zu Unterjochungsmethoden zunächst einmal mit dem Verlust aller Gebiete, die durch den Pakt mit Hitler sowjetisch geworden waren. Nicht genug damit, wurden weite Gebiete Rußlands selbst vom Krieg verwüstet. Es dauerte lange Zeit, bis die Sowjetunion mit Hilfe amerikanischer Lieferungen wieder eine militärische Stärke erreichte, die dem Vordringen des Faschismus Einhalt gebieten konnte und schließlich für einen Gegenschlag ausreichte.

Diese völlige Überraschung in Rußland und das zunächst fast ungehinderte Vordringen der Truppen Hitlers ist besonders deshalb von Bedeutung, weil es eine weitere sowjetische Propagandlüge widerlegt, mit der Stalin sofort nach Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Deutschland nachträglich seinen Pakt mit Hitler zu rechtfertigen suchte. Stalin behauptete nämlich, dieser Pakt sei geschlossen worden, um der Sowjetunion Zeit für die Rüstung gegen den Faschismus zu lassen. Wenn diese Behauptung stimmen würde, dann hätte Hitler jedoch bei seinem Angriff auf ein wesentlich besser vorbereitetes und gerüstetes Land stoßen müssen. Stalin hätte es kaum nötig gehabt, seine Soldaten mit den heute noch gebräuchlichen amerikanischen Kraftwagen auszurüsten und sie mit amerikanischen Konser-

ven zu verpflegen. Mit dieser Zwecklüge hat inzwischen Nachfolger Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU dankenswert deutlich aufgeräumt.

Die Westmächte, die er mehrfach verraten und betrogen hatte, nahmen Stalin seine Rehabilitierungsversuche sowieso nicht ab. England, Frankreich und Amerika hatten damals andere Sorgen als über seine Betrugsmanöver nachzudenken. Sie brauchten ihn für ihr Ziel: Die Vernichtung des Faschismus. In keiner Phase des Krieges konnte sich bei ihnen daran etwas ändern, selbst nicht in Zeiten, wo die Lage für den Westen fast hoffnungslos erschien. Durch Hitlers Angriff war die Sowjetunion — zwar unfreiwillig, aber tatsächlich — zum Partner der Westmächte geworden. Die Alliierten zögerten keinen Moment, alles Vergangene zu vergessen und mit der UdSSR gemeinsam das alte Ziel, die Vernichtung Hitlers, zu verfolgen. Eine Großzügigkeit, die der Kommunismus bis heute nicht begreifen will, die aber zweifellos Millionen Russen Leben und Heimat gerettet hat.

DOKUMENTE

Deutsch-Sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes Dasein zu sichern. Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I. Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen Polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II. Beide Teile erkennen die in Artikel I festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III. Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in den Gebieten westlich der in Artikel I angegebenen Linie die Deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV. Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel V. Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, den 28. September 1939

Für die
Deutsche Reichsregierung:
v. Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
W. Molotow

Geheimes Zusatzprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten stellen das Einverständnis der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR über folgendes fest:

Das am 23. August 1939 unterzeichnete geheime Zusatzprotokoll wird in seiner Ziffer 1 dahin abgeändert, daß das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt, weil andererseits die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen (vgl. die Karte zu dem heute unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrage). Sobald die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen trifft, wird zum Zwecke einer natürlichen und einfachen Grenzziehung die gegenwärtige deutsch-litauische Grenze dahin rektifiziert, daß das litauische Gebiet, das südwestlich der in der anliegenden Karte eingezeichneten Linie liegt, an Deutschland fällt.

Ferner wird festgestellt, daß die in Geltung befindlichen wirtschaftlichen Ab-

machungen zwischen Deutschland und Litauen durch die vorstehend erwähnten Maßnahmen der Sowjetunion nicht beeinträchtigt werden sollen.

Moskau, den 28. September 1939

Für die
Deutsche Reichsregierung:
v. Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
W. Molotow

Geheimes Zusatzprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben bei Abschluß des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages ihr Einverständnis über folgendes festgestellt:

Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teiles hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten.

Moskau, den 28. September 1939

Für die
Deutsche Reichsregierung:
v. Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
W. Molotow

Erklärung der Reichsregierung und der Regierung der UdSSR vom 28. 9. 1939 zum Abschluß des Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom gleichen Tage:

Nachdem die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Aufassung Ausdruck, daß es den wahren Interessen aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten darauf richten, dieses Ziel so bald wie möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden.

Moskau, den 28. September 1939

Für die
Deutsche Reichsregierung:
v. Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
W. Molotow

ZITAT

Im August 1939 verfaßt General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschaftsamtes und des Rüstungsamtes, eine Denkschrift an Hitler, in der er an Hand von Statistiken vor dem Risiko eines Krieges warnt. Am 28. August läßt ihn Keitel in einem Antwortschreiben wissen, daß Hitler diese Bedenken nicht teilen könne und dazu geäußert habe: Ich habe die Sowjetunion an meiner Seite.

Die Liquidierung der polnischen KP

Selten ist die Behauptung, die Sowjetunion habe seit dem Aufkommen der nationalsozialistischen Diktatur diesen Kräften entgegengewirkt und zu jeder Zeit zu den kommunistischen Parteien des Auslandes treu gestanden so eindeutig widerlegt worden wie durch das grausame Schicksal der polnischen Kommunisten.

1937 zitierte Stalin unter dem Vorwand, es würden „wichtige Besprechungen über die Lage" stattfinden, die Führung der polnischen Kommunisten nach Moskau. Die meisten der polnischen Parteifunktionäre erreichten die sowjetrussische Hauptstadt gar nicht. Sie wurden bereits beim illegalen Grenzübergang von den bereitstehenden Schergen der GPU verhaftet und an Ort und Stelle erschossen oder in die Schweigelager des hohen Nordens gebracht, aus denen sie nie mehr zurückgekehrt sind.

Dieser Massenmord sollte später durch eine unter falschen Vorwänden beschlossene Auflösung der Kommunistischen Partei Polens (KPP) kaschiert werden. Die formale Auflösung der polnischen KP vollzog sich im Sommer 1938, das heißt schon als Stalin seine Fäden mit Hitler anzuknüpfen begann. Wie dieser Beschluß zustande gekommen ist, darüber gibt ein ehemaliger finnischer Kommunist, Arvon Tuominen, in seinem im vergangenen Jahr in Helsinki erschienenen Buch „Kreml-Glocken" — Erinnerungen aus den Jahren 1933—1939*) ausführliche Auskunft.

Arvo Tuominen war in den dreißiger Jahren einer der Sekretäre der finnischen Kommunistischen Partei und leitete die Gewerkschaften dieses Landes. Nach einer mehrjährigen Gefängnisstrafe in seiner Heimat flüchtete er nach Moskau und wurde dort Mitglied des Präsidiums der Kommunistischen Internationale. Nachdem er in der Komintern-Zentrale erleben mußte, wie seine polnischen Parteigenossen liquidiert wurden, flüchtete er 1939 nach Schweden und sagte sich vom Kommunismus los. Tuominen schildert jene historische Sitzung des Präsidiums der Komintern:

„Im Frühling 1937 wurde das Plenum der Komintern einberufen. Wir dachten, daß man bestimmt wieder irgendeine neue Affäre entdeckt hätte und waren schon darauf vorbereitet, die gewöhnlichen Beschuldigungen über neue Spionagefälle entgegenzunehmen. Wir wunderten uns, warum kein einziges polnisches Mitglied des Präsidiums in der Versammlung anwesend war. Kurze Zeit darauf verwandelte sich diese Verwunderung in ein beklemmendes Gefühl. Den Vorsitz führte Dimitroff.

Historische Daten

1925, als Stalin nach Lenins Tod sein Kesseltreiben gegen Trotzki und dessen Anhänger entfesselte, protestierte die Führung der Kommunistischen Partei Polens in einmütiger Geschlossenheit. Das verzieh ihr Stalin nie.

*

1934 bezichtigen sich unter Folter die in Moskau verhafteten Tadeusz Zarski, Mitbegründer der polnischen KP und seine Frau, Sofia Mazijewska, bereits 1919 von Marschall Pilsudski den Auftrag erhalten zu haben, der KP beizutreten und diese von innen her zu zersetzen. Als Folge dieses Geständnisses werden in Moskau erschossen: der polnische Kommunistenführer Sochaki, der Dichter und Leiter der polnischen Vereinigung „Proletarische Kunst", Wandurski, das Mitglied des Zentralkomitees des Politischen Kommunistischen Jugendverbandes, Teschner, die Führer der „Linken Bauern", Julski-Buxhorn, Wojewudski, Wroblewski und Ostrowski.

*

1937 wird die Führungsgruppe der polnischen KP unter Julian Leszcynski nach Moskau befohlen und auf dem Wege nach dort verhaftet und liquidiert. Gleichzeitig werden die kommunistischen Führer der in Spanien kämpfenden polnischen Freiwilligenbrigaden unter Leitung von Gustav Rwal nach Moskau abberufen und verschwinden in den Kasematten der GPU.

*

1939. Von der Alten Garde der polnischen KP überleben nur diejenigen, die in diesen Jahren in polnischen Gefängnissen inhaftiert waren und nicht befehlsgemäß nach Moskau eilen konnten. Z. B. Bierut und Gomulka.

*

1958, nach Stalins Tod, erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, daß die Beschuldigungen gegen die Kommunistische Partei Polens „unbegründet" waren.

---

*) Kremlin Kellot. Muistelmia vuosiita, 1933—1939, Tammi-Verlag.

Wir hatten Platz genommen und Manuilski (gemeint ist hier der aus der Ukrainischen KP hervorgegangene Sekretär der Komintern, den Stalin zu allen Affären in der kommunistischen Internationale mißbrauchte) begann seine Rede mit folgenden Worten: ‚Genossen, ich muß Ihnen eine derart schmutzige und ungeheuerliche Geschichte darlegen, daß es Ihnen wahrscheinlich schwer wird, sich das vorzustellen. Im Jahre 1920, als die ruhmreiche Rote Armee vor den Toren Warschaus stand, ist ein ganzes polnisches Regiment in Stärke von 700 Mann auf unsere Seite übergegangen. Wir haben diese Soldaten freundlich begrüßt und es schien uns, daß es sich hier um Freunde der Sowjetunion handelt. Es waren polnische Kommunisten darunter. Manche Soldaten sind gleich in die Rote Armee eingetreten, manche wurden sogar Offiziere. Andere sind politische Kommissare geworden und wieder andere haben hohe Stellungen in der sowjetischen Verwaltung bekommen. Ihr könnt Euch vorstellen, daß das Überlaufen einer solchen Gruppe auf unsere Seite und unter derartigen Umständen bei uns großes Vertrauen hervorgerufen hatte, aber die Vergangenheit dieser 700 Menschen wurde damals nicht näher untersucht. Wir haben genauso gehandelt, wie sich das der hinterhältige Feind gedacht hatte.

Der Feind hatte uns Fallen gestellt. Er war listig und gefährlich. Wer konnte annehmen, daß diese 700 Menschen nichts anderes als eine besonders zusammengestellte und geschulte Gruppe von Spionen war, die bald zu den wichtigsten Ämtern gelangten. Es waren Menschen, welche 17 Jahre lang ohne Hindernis ihr schmutziges Handwerk treiben konnten. Und wer stand hinter dieser Banditenarbeit? Der sozialistische Renegat Pilsudski.'

Die Konsternierung war absolut. Und sie wurde noch größer, als Manuilski mitteilte, daß unter diesen 700 Polen sogar Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei waren. Selbst so Prominente wie Lenski und Bronkowski seien in diese Spionageaffäre verwickelt gewesen.

‚Es gab also keinen anderen Ausweg, als die gesamte Führung der Partei zu verhaften — was wir auch getan haben . . .', schloß Manuilski.

Bela Kun (der ebenfalls in der SU liquidierte Führer der ungarischen KP) konnte noch zu den gegen ihn erhobenen Anklagen sprechen, aber die Polen waren in Abwesenheit und ohne einen Rechenschaftsbericht abgeurteilt worden, obwohl sie Mitglieder der Komintern waren. Zwei von ihnen waren sogar Mitglieder des Präsidiums der Komintern, zwei andere gehörten der Kontrollkommission an.

Diese kurze aber eindrucksvolle Sitzung unter Leitung Dimitroffs hat ihr Schicksal besiegelt. Es war klar, daß alle 700 bereits verhaftet worden waren . . .

Es ist durchaus verständlich, daß wir diese Sitzung tief in Gedanken versunken verließen. Denn unter den Verhafteten befanden sich berühmte alte Kämpfer, hervorragende Revolutionäre . . . Wir vermuteten, wenn diese 700 liquidiert würden, mußte das gleiche Schicksal ihre Nächsten, Bekannten und überhaupt alle Menschen treffen, mit denen sie jemals irgend etwas zu tun hatten. Diese Säuberung der polnischen Parteiführung hat sicherlich viele Tausende polnischer Kommunisten betroffen."

Der deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Moskau, 9. September 1939 0.56 Uhr
Ankunft: 9. September 1939 5.00 Uhr

Ich erhielt soeben von Molotow folgendes Telephonat: „Ihre Mitteilung über den Einzug deutscher Truppen in Warschau habe ich erhalten. Übermitteln Sie deutscher Reichsregierung meine Glückwünsche und Grüße. Molotow"

Schulenburg

Verrat am Warschauer Aufstand

Zu den tragischsten Kapiteln in den polnisch-sowjetischen Beziehungen gehört das Verhalten des Sowjetregimes zu dem Warschauer Aufstand vom 1. August 1944. Dieser Aufstand brach aus, als man in der polnischen Hauptstadt schon das Donnern der sowjetischen Geschütze von Marschall Rokossowskis Truppen hörte. Schon Wochen vorher hatte der sowjetische Sender „Kosciuszko" in polnischer Sprache die Bevölkerung Warschaus zur Erhebung gegen den „Deutsch-Faschistischen Okkupanten" aufgerufen. Die Kämpfer von Warschau warteten jedoch vergeblich auf die von der Roten Armee zugesagten Hilfe. Diese hielt am Weichselufer und sah dem tragischen Ende des Aufstandes zu.

Nach dem Pakt mit Hitler hatte Stalin Polen zum zweite Male verraten.

Die Haltung der Sowjetunion, die zu so tragischen Konsequenzen für die polnischen Freiheitskämpfer führte, hatte ihre Ursache in demselben politischen und moralischen Machiavellismus, der schon in den Beziehungen zu Hitler, im spanischen Bürgerkrieg und bei der Ausrottung der innerparteilichen Oppositionen in Erscheinung getreten war. Die Sowjets wünschten nicht, daß die Polen einen selbständigen Beitrag zu ihrer Befreiung leisteten. Ein Sieg des Warschauer Aufstandes hätte zweifellos zu einer scharfen Stellung der nationalen polnischen Kräfte geführt und die Sowjetunion wäre gezwungen gewesen, darauf Rücksicht zu nehmen. Sie hätte viel weniger die Möglichkeit gehabt, wie es später geschah, ihre in der Sowjetunion bereits vorgebildete kommunistische Agentenregierung unter Bierut in Warschau zu stabilisieren, vielmehr hätte die in London befindliche polnische Exilregierung einen größeren Machteinfluß, d. h. eine stärkere Stellung bekommen. Um dies zu verhindern, ließ Stalin die Warschauer Kämpfer allein, hinderte auch die Westalliierten daran, durch Flugzeuge den Polen zu Hilfe zu kommen (da diese Flugzeuge nicht auf sowjetischen Flugplätzen landen durften) und konnte so die Befreiung Polens ausschließlich als ein Werk der Roten Armee bezeichnen.

Über dieses Musterbeispiel sowjetischen Verrates schreibt der Bauernpolitiker Stefan Korbónski von der polnischen Widerstandsbewegung in seinen Memoiren.*) Sie sind 1954 im Verlag der polnischen Exilzeitschrift „Kultura" in Paris erschienen.

„Ich nahm an sämtlichen Sitzungen des Rates der Nationalen Einheit teil, bei denen auch der Delegierte der Exilregierung und General BOR (Oberbefehlshaber der aufständischen Truppen) zugegen waren. Zu meinen Aufgaben gehörte die Berichterstattung über die aufständische Administration. Die Gesichter aller Beteiligten waren abgemagert, jedoch zeigten sie Entschlossenheit. Im Vordergrund der Besprechungen standen die Fragen, die sich mit Fortsetzung des Aufstandes und der sowjetischen Teilnahmelosigkeit beschäftigten. Der Delegierte machte Pläne für die Zukunft. Eines Tages führten wir ein Gespräch unter vier Augen und er informierte mich, daß trotz seines Unglaubens, daß die Sowjets uns zu Hilfe kommen werden, diese Möglichkeit nicht gänzlich ausgeschlossen sei, weil die westlichen Alliierten einen Druck auf Stalin ausüben.

Seit dem Ausbruch des Aufstandes horchte die Bevölkerung von Warschau ständig nach dem Donnern der sowjetischen Geschütze. Als sie eines Tages verstummten und eine Totenstille eintrat, legten die Warschauer das als vorübergehende Schwierigkeiten aus. Alle erinnerten sich doch noch der Julisendungen des sowjetischen Senders „Kosciuszko", welcher die Bevölkerung Warschaus zum Aufstand aufgerufen hatte und außerdem gab die Teilnahme der Abteilungen der kommunistischen Volksarmee (A. L.) und der halbkommunistischen Polnischen Volksarmee (PAL) an den Kämpfen die Bestätigung für eine positive Haltung der Kommunisten zu dem Aufstand. Niemand kam in den ersten Tagen auf den Gedanken, daß die sowjetische Offensive absichtlich aufgehalten wurde, um den Deutschen die Zerstörung Warschaus zu ermöglichen.

Eine Sensation rief das Auftauchen eines Hauptmanns des sowjetischen Geheimdienstes, Konstantin Kalugin, beim Oberkommando des Aufstandes hervor, der am

*) Stefan Korbonski: „W Imieniu Rzeczypospolitej", Verlag Instytut Literacki, Paris, 1954, 492 S.

5. August 1944 ein Telegramm an Stalin via London mit der Bitte um Hilfe sandte. Das Telegramm Kalugins an Stalin blieb ohne Antwort und er selbst, als er gegen Ende des Aufstandes die Weichsel durchschwamm und Rokossowski erreichte, blieb für immer verschwunden. Sicherlich kostete ihn das Telegramm, das den Plänen Stalins widersprach, sein Leben. Erst als die Informationen über die erfolglosen Interventionen der Alliierten bei Stalin um Hilfe für Warschau von der Exilregierung erreichten, wurden uns die Augen geöffnet. Hinzu kam noch, daß die Sowjets den alliierten Flugzeugen, welche über Warschau nachts Angriffe unternahmen, keine Landung erlaubten. Sie mußten — anstatt auf den einige Minuten von Warschau entfernt liegenden sowjetischen Flugplätzen zu landen — zu ihren eigenen, einige tausend Kilometer abgelegenen Flugplätzen zurückkehren, was ihre Verluste sehr vergrößerte. In dieser Zeit erreichte uns ein Telegramm, das mitteilte, daß die Sowjets die Besatzung eines britischen Flugzeuges, das nach den Abwürfen über Warschau eine Notlandung auf sowjetischer Seite vornehmen mußte, verhaftet hatten! Zwar wurde die Besatzung auf britische Intervention hin nach England entlassen, es wurde aber angekündigt, daß im Wiederholungsfall die Flieger bis zum Ende des Krieges in Rußland interniert würden. Als ich dieses Telegramm dem Delegierten der Regierung zustellte und er es den Mitgliedern des Rates der Nationalen Einheit zeigte, verloren wir den letzten Rest der Hoffnungen auf sowjetische Hilfe.

Eine Änderung erfolgte am späten Abend des 9. September, als wir eine dringende Meldung von der Regierung erhielten: ‚Verständigt den Delegierten, daß Marschall Stalin heute Hilfe für Warschau versprochen hat.' Am nächsten Tag wurden wir nicht durch deutsche Bomber, sondern durch den Lärm der Motoren sowjetischer Jagdmaschinen geweckt, die paarweise über der Stadt kreisten. Wir haben aufgeatmet. Leider verschwanden am 19. September die sowjetischen Jäger vom Himmel und die deutschen Bombenangriffe gingen weiter. So sah die Hilfe der sowjetischen Luftwaffe für den Aufstand aus.

In der Nacht vom 13. zum 14. September fingen die sowjetischen Abwürfe von Lebensmitteln und Waffen an, aber wie zum Hohne ohne Fallschirme! Alles ging kaputt und wurde zerstreut. Es waren nur Propaganda-Abwürfe, die dazu dienten, dem Westen sagen zu können, daß die Sowjets nunmehr den Aufständischen helfen; in Wirklichkeit aber gewährten sie keine Hilfe. Am 14. September besetzte Rokossowski die Vorstadt Praga und seine Truppen standen vis-à-vis der kämpfenden Stadt, entlang des ganzen Weichselufers. Zwischen dem 14. und 18. September gingen zwei Bataillone der Berling-Armee (polnische Truppen, die in der Sowjetunion aufgestellt worden waren), die unter dem Oberbefehl Rokossowskis standen, über die Weichsel und bewiesen damit, daß das Überschreiten des Stromes und somit eine Hilfe möglich gewesen wären. Die beiden Bataillone wurden aufgerieben, nachdem man sie ohne weitere Unterstützung kämpfen ließ. Die Soldaten in diesen Einheiten waren ganz unerfahren, weil sie nur wenige Tage vorher aus der Bauernbevölkerung in Ostpolen eingezogen worden waren. Es stellte sich später heraus, daß Berling auf eigene Faust gehandelt hatte, angeblich ohne Wissen Rokossowskis. Er wurde dafür verhaftet, verschwand spurlos für ein Jahr und errang bis heute nicht wieder die Gunst der Sowjets. Die Bataillone wurden absichtlich und bewußt durch Rokossowski zur Vernichtung verurteilt.

Wenn der Warschauer Aufstand oft die heroischste Episode des letzten Krieges genannt wird, so sollte die Haltung der Sowjets während des Aufstandes als das größte Verbrechen des verflossenen Krieges bezeichnet werden... dafür haben 200 000 Menschen ihr Leben gelassen."

Titos Erfahrungen mit Moskau

In den Sommermonaten des Jahres 1941, als die Rote Armee ihre schweren Abwehrschlachten gegen die im raschen Vormarsch begriffenen Hitler-Armeen schlugen, erwuchs ihnen eine unerwartete Hilfe. Im Südosten der „Festung Europa", in der jugoslawischen Provinz Bosnien, hatten sich nach einem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei bewaffnete Partisanen-Einheiten gebildet und den Kampf gegen die faschistischen Verbände Mussolinis und gegen deutsche Truppen aufgenommen.

Ohne Zweifel mußte dem militärischen Oberkommando der UdSSR dieser neue Verbündete höchst willkommen sein. Zwang er doch dem Gegner ein neues Kampfgebiet auf: das bedeutete neue Truppenbindungen unter Bedingungen des schwer kalkulierbaren Partisanenkampfes und Schwächung der ohnehin zu ausgedehnten Ostfront. Was lag näher, als den jugoslawischen Aufständischen jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen, um ihre Position im Rücken der Hitler-Armee nach Kräften zu stärken?

Doch die jugoslawischen Partisanen sollten die gleichen tragischen Erfahrungen machen, die bisher jedem zuteil wurden, der sowjetischen Worten von internationaler Solidarität im Kampf gegen den Faschismus vertraut hatte.

Lügen statt Hilfe

Nach anfänglichen Erfolgen, die zur Befreiung eines selbständigen Gebietes in Montenegro führten, brach im Winter 1941/42 für die Partisanen eine schwere Zeit an. Die deutschen Truppen eroberten die befreiten Gebiete zurück. Es halfen ihnen dabei die jugoslawischen Cetnick-Verbände, nationale Truppen unter dem Obersten Mihajlovic. Schon damals hatte Moskau die Absicht, die politisch und militärisch selbstbewußte Volksbefreiungsarmee unter der Führung Titos zu schwächen. Denn gegen besseres Wissen verbreitete Radio Moskau die Meldung, es sei „den Verbänden unter Mihajlovic gelungen, erfolgreiche Operationen gegen die deutschen Truppen zu unternehmen". Uzice mußte aufgegeben werden, Tito zog sich mit seinem Hauptquartier in das weiter westlich gelegene Foca zurück. Für die Partisanen brachte der Winter 1941/42 übermenschliche Anstrengungen und Leiden. Bedrängt von fortwährenden Schlägen deutscher und italienischer Divisionen, dezimiert durch Hunger, Kälte und Typhus, setzten die Partisanen ihren Widerstand unbeirrt fort. Am 17. Februar 1942 schickte Tito sein erstes Telegramm nach Moskau, in dem er dringend um Unterstützung bat. Es fehlte den Partisanen an Waffen und Medikamenten, an Schuhwerk und Bekleidung. Moskau versprach Hilfe. Für den 23. Februar war die Landung eines sowjetischen Flugzeugs in der Nähe des Durmitors (höchster Berg in Montenegro) vorgesehen, allein der kleine Partisanentrupp unter Führung von Mosa Pijade wartete 37 Nächte lang vergeblich. Tito richtete immer dringlichere Anfragen nach Moskau. Auf sein letztes Telegramm vom 23. April erfolgte die endgültige Absage, in der es hieß, die Sowjetunion könne wegen der bestehenden Transportschwierigkeiten weder Waffen noch sonstige Ausrüstungsgegenstände liefern. Man gab den Partisanen den weisen Rat, sich ihre Waffen vom Gegner selbst zu holen, wie sie es ja bisher auch getan hätten.

Die Enttäuschung im Lager der Partisanen war groß. Wenn überhaupt, dann hatte man sich von der sozialistischen Sowjetunion Hilfe versprochen. Wäre sie auch noch so gering gewesen, sie hätte die Partisanen in ihrem Kampf moralisch gestärkt.

Doch die Sowjetunion spielte ihr eigenes Spiel. Unter der Devise „Teile und herrsche" kam ihr der Konflikt zwischen der Volksbefreiungs-Bewegung und den nationalen Cetnick-Verbänden gelegen. Sie schürte diesen Konflikt, denn wichtiger als die Zusammenfassung aller Kräfte zum schnellen Sieg über den deutschen Faschismus erschien den Parteistrategen, ein einheitliches und selbständiges politisches Kräftezentrum im Südosten von Europa zu verhindern. Der erfolgreiche Kampf der jugoslawischen Partisanen mußte auf dem Balkan ein neues politisches Kraftfeld entstehen lassen, das der sowjetischen Beeinflussung widerstand. Wäre Jugoslawien, wie Rumänien, Ungarn und Bulgarien von der Roten Armee besetzt worden, hätte sich Tito dem sowjetischen Druck beugen müssen und

wäre nie in der Lage gewesen, eine selbständige Politik zu führen.

Im festen Vertrauen auf die sowjetische Hilfsbereitschaft sandte Tito damals noch Hilferuf auf Hilferuf nach Moskau.

Am 9. März 1942: „Wir brauchen Waffen und Munition. Das ist die beste Art, eine breite Volksbefreiungsfront zu schaffen. Es gibt sehr viele, die gegen den Okkupator kämpfen wollen, aber wir haben keine Waffen."

Am 19. März: „Bei uns ist die Lage wegen Munitionsmangel kritisch. Wir bitten, alles zu unternehmen, um uns Munition und Kriegsmaterial zu schicken. Teilt mit, ob wir darauf hoffen können und wann."

Am 23. April: „Können wir in kürze mit Waffen und Munition rechnen?"

Am 24. Mai: „Die Lage ist hier kritisch ... Unsere Partisanenbataillone sind durch ununterbrochene Kämpfe vollkommen erschöpft, außerdem haben sie keine Munition mehr. Wir müssen den größten Teil der Bataillone aus Montenegro herausbringen, um sie der Vernichtung zu entziehen . . . von allen Seiten stellen mir die Kämpfer und das Volk die Frage: warum schickt uns die Sowjetunion keine Hilfe? Wenn sie uns wenigstens Munition und automatische Waffen schicken würde. Der Feind macht die letzten Anstrengungen, um uns zu vernichten. Das Leben von Hunderttausenden ist in Gefahr."

Am 30. Mai: „Wir kämpfen mit großen Schwierigkeiten. Wir besitzen geringe Munitionsvorräte. Wir haben keine Heilmittel. Wir müssen das Gebiet verteidigen, auf dem sich unsere Krankenhäuser befinden."

Kontakt zum Verräter

Die Sowjetunion antwortete mit guten Ratschlägen. Hilfe aber kam keine. Statt dessen poussierte sie die okkupantenfreundlichen Verbände des inzwischen zum General avancierten Mihajlovic. Die Berichte Titos über dessen Kumpanei mit den Deutschen und Italienern überging sie. Dafür räumte sie dem Gesandten der Königlichen Jugoslawischen Exilregierung den Rang eines Botschafters ein und faßte den Plan, Mihajlovic eine russische Hilfstruppe und sowjetische Militärmissionen zur Verfügung zu stellen. Bei der Kominform untersagte sie die Veröffentlichung eines Aufrufs der jugoslawischen Volksbefreiungsfront an Frankreich und die Tschechoslowaken, ebenfalls den Befreiungskampf gegen Hitler aufzunehmen.

Zu dieser Zeit konnte Tito dieses Spiel noch nicht durchschauen. Immer wieder sandte er aus höchster Not seine Hilferufe nach Moskau. Das erschütterndste Dokument dieser Tage ist sein Telegramm vom 31. Januar 1943:

„Ich muß Euch wiederum fragen: ist es denn absolut unmöglich, uns irgendeine Hilfe zu leisten: Hunderttausenden von Flüchtlingen droht Hunger und Tod. Ist es denn nach 20 Monaten eines heldenhaften und übermenschlichen Kampfes nicht möglich, irgendeinen Weg zu finden, um uns Hilfe zuteil werden zu lassen? Zwanzig Monate kämpfen wir ohne die allergeringste Hilfe von irgendeiner Seite. Ich teile Euch auf das Bestimmteste mit, daß unser herrliches, heldenhaftes Volk in Bosnien, Lika, Kordun und Dalmatien größte Hilfe verdient hat. Bei uns beginnt der Flecktyphus zu herrschen, und wir verfügen über keinerlei Arzneimittel. Unser Volk kommt vor Hunger um, aber es stöhnt nicht. Dieses Volk gibt unseren Kämpfern den letzten Bissen Brot, und selbst kommt es vor Hunger um, es gibt ihnen den letzten Strumpf, Hemden oder Schuhe, und selbst geht es in diesem harten Winter barfuß. Unternehmt alles, was Ihr könnt, um uns zu helfen."

Und die Antwort Moskaus? Am 11. Februar erreicht Tito folgendes Telegramm:

„Ihr dürft nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß wir, wenn nur irgendeine Möglichkeit bestünde, Euren herrlichen Heldenkampf mit materieller Hilfe zu unterstützen, dies schon längst getan hätten ... Ich bitte Euch, die bestehende Lage richtig zu erfassen und den Kämpfern zu erklären. Laßt den Mut nicht sinken, sondern spannt alle Eure Kräfte an, um diese außergewöhnlich schwere Probe zu bestehen ..."

Worte, Worte, Worte ... Die Wendung brachten die Westmächte. Sie kamen allmählich zu der Einsicht, daß der bisher von ihnen unterstützte General Mihajlovic keineswegs ein zuverlässiger und starker Verbündeter sei und erkannten die große Bedeutung der ständig wachsenden Partisanenbewegung und die kluge Taktik in Titos Hauptquartier.

Churchill war der erste, der hier Abhilfe zu schaffen suchte. Ihm lag an der Mobilisierung aller in Europa vorhandenen

Kräfte zur Bekämpfung der Achsenmächte. Und seinem Einwirken ist wohl auch die Entsendung einer britischen Militärbeobachtergruppe unter Major Jones ins Tito-Hauptquartier zuzuschreiben.

Das Jahr 1943 aber gab nicht etwa durch die nunmehr ebenfalls einsetzende Hilfe der UdSSR den Partisanen neue Kraft, sondern die Kapitulation Italiens im September erleichterte die Lage. Aus dem italienischen Arsenal konnten die Partisanen größere Bestände an Kriegsmaterial übernehmen und ihren Kampf gegen die deutsche Armee fortsetzen.

Die Konferenz der Regierungschefs in Teheran am 3. Dezember 1943 erkannte schließlich Tito als Alliierten an, England stellte die Hilfslieferungen an Mihajlovic ein und rief seine Militärmission aus dessen Hauptquartier ab. Damit hatten die jugoslawischen Partisanen ihre Anerkennung errungen.

In einer Konferenz Stalins mit Churchill versuchte Moskau nun zu retten, was noch zu retten war, nachdem es jahrelang die Volksbefreiungsfront schmählich im Stich gelassen hatte, und setzte durch, daß Jugoslawien in eine britische und in eine sowjetische Einflußsphäre aufgeteilt wurde. Ferner wurde vereinbart, Streitkräfte der Roten Armee zur Rückeroberung Belgrads heranzuziehen.

Am 20. Oktober 1944 wurde die Hauptstadt von Roten Verbänden und Jugoslawen befreit. Das war die einzige Hilfe, die die Sowjetunion den Partisanen geleistet hat. Das hat die Kommentatoren der Moskauer Politik bis heute noch nicht daran gehindert, großtuerisch von der „Befreiung Jugoslawiens durch die Sowjetarmee“ und „der brüderlichen Hilfe bei der Zerschlagung des Hitler-Aggressors“ zu sprechen.

ZITAT

„Ich liebe die Juden auch nicht, aber ich lasse sie Filme machen, Theaterstücke schreiben und Befehle ausführen. Sollten sie jedoch etwas anderes tun, dann ...“
(Stalin, mit der Geste des Halsabschneidens, auf einem Empfang zu Ehren des deutschen Außenministers Ribbentrop, Moskau 1939.)

Antisemitismus in der Sowjetunion

Der Anspruch des Kommunismus, antifaschistisch zu sein, würde einschließen, daß die Kommunisten in keinem Falle antisemitisch sind. Bekanntlich war der Antisemitismus eine grundsätzliche Forderung der deutschen Nationalsozialisten und ergab sich zwanglos aus deren Programm, nach welchem nur die arische Rasse (was immer man darunter verstehen mag) eine produktive, geschichtsbildende und schöpferische Kraft darstelle. Nun zeigt aber die Geschichte der Sowjetunion und auch der Kommunistischen Parteien, daß sie keineswegs vom Antisemitismus frei sind, vielmehr gibt es ebenso einen kommunistischen Antisemitismus wie es einen nationalsozialistischen gab. Die Ursachen für den Antisemitismus sind bei den Nazis und bei den Kommunisten verschieden. Bei den Nazis handelte es sich um einen Ausfluß ihrer Rassenideologie, bei den Kommunisten handelt es sich um eine politische Methode zur Vernichtung einer Gruppe, von der sie glauben, daß sie in vielen Fällen ihre Taktik und Politik stört.

Unabhängig von den Ursachen sind die Wirkungen die gleichen, nämlich die Verfolgung von Menschen, die einer bestimmten Religions- bzw. Rassengemeinschaft angehören. Die Sowjetunion hat unter Stalin eine Reihe von grausamen antisemitischen Exzessen durchgeführt, und später haben auch die kommunistischen Parteien in Osteuropa bedeutende Konzessionen an den Antisemitismus gemacht. In den Säuberungsprozessen der Nachkriegszeit, besonders in Prag, aber auch in Ostberlin, trat das antisemitische Element grell in Erscheinung.

Unmittelbar vor dem Tode Stalins setzte bekanntlich eine neue Säuberungswelle mit der nie geklärten sogenannten Ärzteverschwörung ein.

Als der Kommunismus den Slansky-Prozeß in Prag und die Ärzte-Affäre in Moskau zu „zionistischen Verschwörungen" werden ließ, gab es in der freien Welt Proteste. Man übersah vielfach dabei, wie sehr beide Ereignisse nur eine natürliche und logische Konsequenz der leninistisch-stalinistischen Ideenwelt und langjähriger sowjetrussischer Praxis waren.

Am 20. November 1952 veröffentlichte die „Rude Pravo", Prag, einen Auszug der Anklageschrift gegen Rudolf Slansky. Dort heißt es:

„Besonders sorgfältig unterstützten Slansky, Geminder und andere Verschwörer die zersetzende Tätigkeit der Zionisten, dieser zuverlässigen Agenten des amerikanischen Imperialismus. Unter dem Schutz der Verschwörer entfaltete die amerikanische jüdische Organisation, die sich mit Spionage, Sabotage, dunklen Devisengeschäften, Schiebungen und Schmuggel beschäftigt, in der tschecho-

Die nachstehende Liste enthält die Namen von 180 prominenten Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft der DDR, die früher Mitglied der NSDAP waren. Die Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf die vollständige Erfassung aller alten PGs, die in der DDR heute wieder aktiv sind.

Dr. Rudolf Arzinger (SED),
Eintritt: 1. 12. 1943,
Nr.: 9 656 121

Hans W. Aust (SED),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 657 972

Kurt Herwarth Ball (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 545 700

Dr. Franz Bandel,
Eintritt: 30. 7. 1932,
Nr.: 1 209 055

Dr. med. Karl Heinrich Barthel (NDP),
Eintritt: 1. 8. 1932,
Nr.: 1 277 229

Willy Bartusch (DBD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr. 4 920 529

Harry Baschleben (NDP),
Eintritt: 1. 4. 1944,
Nr.: 10 057 177,
ab 15. 11. 1940 Waffen-SS

Erich Baumgarten (NDP),
Eintritt: 1. 3. 1937,
Nr.: 3 933 118

Werner Behrend (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 926 829

Dr. med. Charlotte Bergmann (LDP),
Eintritt: 1. 9. 1938,
Nr.: 6 963 843

Professor Hans Beyer (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 648 084

Kurt Blecha (SED),
Eintritt: 1. 9. 1941,
Nr.: 8 634 832

Professor Ulrich Bögelsack,
Eintritt: 1. 4. 1933,
Nr.: 1 576 509

Georg Böhm (DBD),
Eintritt: 1. 9. 1942,
Nr.: 9 256 972

Prof. Heinrich Borriss (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 619 842

Prof. Heinrich Brandweiner
Eintritt: 1. 5. 1938,
Nr.: 6 236 254

Fritz Brix (DBD),
Eintritt: 1. 4. 1932,
Nr.: 1 055 107

Karl Brossmann (CDU),
Eintritt: 1. 4. 1933,
Nr.: 1 834 775

Hans Brückner (LDP),
Eintritt: 1. 3. 1932,
Nr.: 1 006 450
Eintritt in die SS: 1. 6. 1933,
Nr.: 227 582
Horst Brune,
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 260 273
Bruno Curth (DBD),
Eintritt: 20. 4. 1944,
Nr.: 10 099 469
Siegfried Dallmann (NDP),
Eintritt: 1. 11. 1934,
Nr.: 2 910 766
Kurt Debes (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 957 451
Dr. Gerhard Dengler (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 470 128
Benjamin Dietrich (NDP),
Eintritt: 1. 8. 1930,
Nr.: 295 808
Horst Dressler-Andress (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1930,
Nr.: 237 435
Dr. Franz Ebster,
Eintritt: 1. 4. 1940,
Nr.: 7 608 938
Ernst Eckardt (CDU),
Eintritt: 1. 9. 1940,
Nr.: 7 726 954
Rudolf Eichhorn (CDU),
Eintritt: 1. 9. 1939,
Nr.: 7 169 141
Dr. Erich Einsporn,
Eintritt: 1. 1. 1940,
Nr.: 7 383 628
Franz Eiselt (CDU),
Eintritt: 1. 11. 1938,
Nr.: 6 649 635
Gerhard Elvert (SED),
Eintritt: 1. 8. 1944,
Nr.: 10 083 864
Professor Hans Ertel,
Eintritt: 1. 10. 1940,
Nr.: 8 183 510
Dr. Hasso Eßbach,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 807 704
Dr. Theod. Eversmann (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 068 879
Dr. Günter Farchmin (SED),
Eintritt: 20. 4. 1944,
Nr.: 10 028 202
Dr. Gerhard Fickel (CDU),
Eintritt: 1. 9. 1938,
Nr.: 6 992 538
Reinhold Fleschhut (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 427 825
Willy Franke (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 173 300

slowakischen Republik eine umfassende feindliche Tätigkeit. Die verschiedenen zionistischen Organisationen von der Art der BETAR trieben straflos mannigfaltige Wühltätigkeit. Sie gaben auch staatsfeindliche Flugblätter heraus, organisierten Umtriebe der Terroristen und verschafften den volksfeindlichen kapitalistischen Elementen die Möglichkeit, ins Ausland zu fliehen."

Neun jüdische Namen

Und zu der Moskauer Ärzte-Affäre sagte eine Tass-Meldung, die in der Moskauer „Prawda" am 13. Januar 1953 veröffentlicht worden ist:

„Vor einiger Zeit wurde von den Staatssicherheitsorganen eine terroristische Ärztegruppe entlarvt, die sich das Ziel gesetzt hatte, durch Anwendung schädlicher Behandlungsmethoden das Leben führender Persönlichkeiten der Sowjetunion zu verkürzen. Dieser Terroristengruppe gehörten u. a. an ..."

Dann folgen neun jüdische Namen bekannter Professoren der Medizin, und die Meldung erklärt weiter:

„Dokumentarisches Material, Untersuchungen, Gutachten medizinischer Sachverständiger und Geständnisse der Verhafteten selbst ergeben, daß die Verbrecher als heimliche Volksfeinde ihre Patienten vorsätzlich einer schädigenden Behandlung unterwarfen und so ihre Gesundheit untergruben. ... Die Terroristen stellten absichtlich falsche Diagnosen und töteten durch die auf ihnen beruhende Behandlung ihre Patienten. So gestanden die Verbrecher, bei der Erkrankung des Genossen A. A. Shdanow eine falsche Diagnose gestellt und den vorhandenen Herzinfarkt verschwiegen zu haben. Sie verordneten eine bei solchem schweren Leiden unzulässige Behandlungsweise und töteten dadurch den Genossen A. A. Shdanow. ... Sie haben auch das Leben des Genossen A. S. Schtscherbakow auf dem Gewissen, dem sie verhängnisvoll wirkende Medikamente verordneten und so seinen Tod verursachten. Die Verbrecher versuchten vor allem, die Gesundheit führender militärischer Persönlichkeiten der Sowjetunion zu untergraben, diese zu beseitigen und damit die Landesverteidigung zu schwächen. ... Durch die Verhaftung wurden ihre heimtückischen Pläne jedoch vereitelt, und es gelang den Verbrechern nicht, ihr Ziel zu erreichen. Alle diese Ärzte waren in Wahrheit Mörder, Ausgeburten der menschlichen Gesellschaft, die das heilige Banner der Wissenschaft in den Schmutz traten und die Ehre der Wissenschaftler befleckten. Sie alle waren bezahlte Agenten des ausländischen Spionagedienstes, die meistens mit dem JOINT, jener internationalen, jüdisch-bürgerlichen und nationalistischen Organisation in Verbindung standen, die vom amerikanischen Spionagedienst angeblich zur materiellen Unterstützung von Juden in anderen Ländern ins Leben gerufen wurde. In Wirklichkeit übt sie jedoch in einigen Ländern, auch in der Sowjetunion, eine umfassende Spionage- und Terrortätigkeit aus und leistet auch noch andere Zersetzungsarbeit. Der inhaftierte Internist, Professor M. S. Wowssi, gestand, über den Moskauer Arzt Schimeljewitsch und den bekannten jüdisch-bürgerlichen Nationalisten Michoels vom

JOINT die Anweisung zur ‚Beseitigung führender Persönlichkeiten der UdSSR erhalten' zu haben. ... Anderen Angeklagten konnte langjährige Tätigkeit als Agenten des britischen Spionagedienstes nachgewiesen werden. Die Untersuchung wird in Kürze abgeschlossen sein."

Die hier zutage tretende antisemitische Haltung hat ihre Vorgeschichte in der Behandlung der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion.

Trotz der doppelten Russifizierung — einer natürlichen und einer obligatorischen —, der sämtliche ethnische Gruppen in der Sowjetunion unterliegen, haben diese doch immer noch eine gewisse Möglichkeit, ihre eigene Kultur zu pflegen. Ganz gleich, ob sie nun Baschkiren, Turkmenen, Osseten, Adscharen, Abchasen, oder Hakassen sind (teilweise sind das fast unbekannte kleine Volksstämme und die drei letztgenannten zählen kaum 100 000 Köpfe), stets war es ihnen möglich, ihre eigene Struktur zu erhalten.

Wie aber steht es mit den Juden in der UdSSR? Bis zur Hitler-Besetzung zählten sie über 3 Millionen, und unter den Nationalitäten der Sowjetunion rangierten sie der Zahl nach an achter Stelle.

Zunächst wurde am 7. Mai 1934 in Sowjetrußland ein Dekret erlassen, dessen Wortlaut die Moskauer „Prawda" zwei Tage später veröffentlichte. Es lautet:

„Nach Studium der Vorschläge des Zentral-Exekutiv-Komitees über die Umwandlung des nationalen Gebietes der Juden in Birobidschan in eine autonome jüdische Provinz, hat das Zentral-Exekutiv-Komitee der UdSSR beschlossen, dem Wunsch zu entsprechen und den Nationalbezirk der Juden von Birobidschan in ein Autonomes Jüdisches Gebiet umzuwandeln, das als selbständige Provinz zum Territorium des Fernen Ostens gehört. Gezeichnet: M. Kalinin, Präsident des CEC der UdSSR, und A. Enukidze, Sekretär des CEC der UdSSR."

Jedoch schon wenige Tage darauf erschien in der gleichen „Prawda" ein anderer Artikel, der besagt, daß in Birobidschan zusammen mit „anständigen und ehrlichen Gruppen auch eine große Anzahl ehemaliger Großkaufleute, Spekulanten, Zionisten usw. sich eingeschlichen haben". Zu der Bildung einer autonomen jüdischen Republik kam es nie.

Sowjet-Enzyklopädie als Spiegel

Das Studium der dauernd variierenden sowjetischen Enzyklopädie ist ein rechter Anschauungsunterricht über den wachsenden Antisemitismus. Dort umfaßt die Rubrik „Juden" in der Ausgabe von 1926 noch 75 Seiten, während in der Ausgabe vom März 1953 schon zwei Seiten dafür genügen...

In der ersten Ausgabe 1926 lesen wir über „Antisemitismus" eine achtspaltige seriöse Studie, die besagt, daß die Kommunistische Partei als einzige den Antisemitismus bekämpft... Die Ausgabe des Jahres 1950 widmet diesem Problem nur noch zwei Spalten.

Die Idee des Zionismus blieb den Sowjets stets unbegreiflich und unzugänglich. Ihnen diente das Wort „Zionismus" lediglich als Tarnung, um ihre wahre Einstellung gegenüber den Juden zu verbergen. Die gleiche Tarnung

Egbert von Frankenberg und Proschlitz (NDP),
Eintritt: 1. 4. 1931,
Nr.: 516 855
Eintritt in die SS: 7. 11. 1932

Professor Hans Frühauf,
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 229 985

Dr. Heinz Funke (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 846 055,
Eintritt in die SS: 3. 11. 1933

Hans Jürgen Geerdts (SED),
Eintritt: 1. 9. 1940,
Nr.: 7 747 667

Dr. Charlotte Geißler (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 874 165

Dr. Heinrich Geißler (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 982 687

Dr. Hans Heinrich Gerhardt (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 147 931

Hans Gericke (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 958 041

Erhard Gißke,
Eintritt: 1. 9. 1942,
Nr.: 9 225 457

Hans Gleichmar (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 904 911

Dr. Paul Görlich,
Eintritt: 1. 2. 1940,
Nr.: 7 476 670

Karl-Heinz Götze (SED),
Eintritt: 1. 9. 1940,
Nr.: 7 689 398

Hans Gorzynski (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 989 947

Hermann Grimm (LDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 484 196

Ernst Großmann (SED),
Eintritt: 1. 11. 1938,
Nr.: 6 855 320
Im 2. Weltkrieg Unterscharführer eines SS-Totenkopfverbandes in Oranienburg/Sachsenhausen,
Angehöriger der Wachmannschaft des Konzentrationslagers Sachsenhausen

Prof. Werner Gruner (SED),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 962 276

Prof. Horst Günther Güttner
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 550 862

Prof. Ernst Hadermann (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 698 532

Kurt Hähling (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 074 657

Alfred Haertewig (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 291 821

Professor Helmut Härtig,
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 517 896

Theobald Hanemann (LDP),
Eintritt: 1. 9. 1938,
Nr.: 6 980 428

Walter Harte (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 496 079

Prof. Werner Hartke (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr. 5 775 911

Dr. Robert Heberling,
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 091 737

Dr. Werner Heidinger (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 462 982

Georg Hempel (LDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 871 773

Dr. Franz Hempelmann (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 6 036 470

Dr. Hermann Henneberg,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 392 050

Alfred Hennig (NDPD),
Eintritt: 1. 2. 1932,
Nr.: 929 689

Friedrich Herte (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 566 502

Woldemar Herzog (CDU),
Eintritt: 1. 7. 1931,
Nr.: 576 302

Karl Hetz (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 951 986

Horst Hetzar (CDU),
Eintritt: 1. 9. 1937,
Nr.: 4 819 167

Wolfgang Heyl (CDU),
Eintritt: 1. 9. 1939,
Nr.: 7 171 562

Harry Hindemith (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 516 872

Günter Hofé (NDP),
Eintritt: 1. 10. 1939,
Nr.: 7 311 783

Heinrich Homann (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 279 531

Curt Hotzel,
Eintritt: 1. 10. 1941,
Nr.: 8 742 602

praktizieren sie mit den Worten „Demokratie" oder „Freiheit". Sie werden ständig in Anspruch genommen, obwohl Konzentrationslager mit Millionen von Häftlingen im Lande existieren.

Schon 1913 hat Stalin in seiner Studie „Der Marxismus und die nationale Frage" festgestellt, die Juden seien keine Nation. In Konsequenz dieser Theorie muß jedes jüdisch-nationale Streben als „reaktionär" bezeichnet und die ganze jüdisch-nationale Befreiungsidee als eine reaktionäre und kleinbürgerliche Bewegung bekämpft werden.

Offen schreibt darüber die letzte Ausgabe der sowjetischen Enzyklopädie:

„Zionismus ist eine reaktionäre, bourgeoise und nationalistische Bewegung. Seine Anhänger leugnen den Klassenkampf und bemühen sich, die Arbeitermassen vom allgemeinen Kampf des Proletariats abzuziehen. Die Imperialisten der Vereinigten Staaten ziehen aus dem Zionismus für eigene Zwecke Nutzen. Die Zionisten sind Agenten des amerikanischen und englischen Imperialismus und geschworene Feinde des jüdischen Proletariats. Ihre lügnerische Propaganda offenbart sich in der Politik der reaktionären Regierung Israels, welche das Land in einen Stützpunkt des amerikanischen Imperialismus verwandeln will."

Das sowjetische Ministerium für Nationale Erziehung veröffentlichte 1946 eine Broschüre des „Historikers" V. B. Lutzki, aus der man unter anderem erfahren kann, daß es sich bei dem Zionismus um „ein Werkzeug in Händen der Anglo-Sachsen, ein Instrument im Kampf gegen den Frieden, eine Spionagezentrale" handelt.

Auch bei der Diskriminierung der jüdischen Kultur in der Sowjetunion tritt der Antisemitismus markant in Erscheinung. Lenin behauptete schon 1913 in seiner Studie „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage":

„Jüdische Kultur ist einfach ein Schlagwort der Rabbiner und überhaupt der Bourgeoisie, ein Schlagwort der Feinde."

Feldzüge in der „Prawda"

Einen Höhepunkt erreichte der Kampf gegen jüdische Kulturauffassungen 1948, als in der „Prawda" ein Artikel gegen eine „antipatriotische Gruppe von Theaterkritikern" erschien, in dem diese als „Hurra-Kosmopoliten-Bourgeoisie" bezeichnet wurden, „die so gefährlich wie Parasiten für die Pflanzen sind". Bei den gerügten Kritikern handelte es sich ausschließlich um Juden. Ein zweiter Artikel gegen jene „kosmopolitischen Verbrecher" — wieder waren ausschließlich jüdische Namen genannt — erschien im Februar 1949 in der gleichen Moskauer Zeitung. In ihm heißt es, die Betreffenden hätten „eben keine tiefen Wurzeln in der Kultur des Vaterlandes". Und der sowjetische Schriftsteller Simonow erhob den Vorwurf, die Kosmopoliten „möchten am liebsten auf dem Gorkiplatz für Sartre ein Denkmal errichten", und sie zögen Millers „Pornographie" einem Tolstoi vor. So stand es in der „Prawda" im März 1949. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: in jenem Artikel wird als Synonym für Kosmopolit stets das Wort „Talmudist" benutzt.

Im gleichen antisemitischen Fahrwasser segelte auch der stellvertretende Minister für die Filmindustrie der

UdSSR, V. Scherbina. Anfang 1949 erklärte er in der Zeitschrift „Sowietskoje Iskusstwo": „Kosmopolitentum ist das Banner der amerikanischen imperialistischen Reaktion, die geistig danach strebt, die Nationen der ganzen Welt zu entwaffnen, ihnen den Willen zum Kampf zu nehmen und sie zu Sklaven der Wallstreet-Bonzen zu machen, die von der Weltherrschaft träumen. Gurwich, Trauberg und Bleimann stoßen genau in das gleiche Horn, wenn sie die sowjetische Kunst herabsetzen und versuchen, die nationalen Formen unserer Kultur lächerlich zu machen, andererseits aber sklavisches Entzücken über amerikanische Stücke und Filme von sich geben."

Das Schweigen um die Schriftsteller

Doch auch in historischer Sicht lohnt es sich, in der Enzyklopädie zu blättern, wenn man die Einstellung der Sowjetunion zum Judentum besser verstehen will. So wird der große jüdische Dichter Chaim Nachman Bialik in der ersten Ausgabe von 1926 noch als „bekannter jüdischer Dichter" bezeichnet, während die zweite Ausgabe ihn schon einen „reaktionären Dichter" nennt. Die erste Ausgabe gesteht dem jüdischen Klassiker Mendele Mocher Sfarim 26 Spalten zu; die letzte jedoch gönnt ihm keine einzige Zeile mehr.

Mittlerweile sind sämtliche Namen jüdischer Schriftsteller aus der Enzyklopädie verschwunden. Nur bei dem berühmten Bildhauer Antokolski nahmen die Herausgeber eine Russifizierung vor, denn ihn wollten sie nicht missen. „Aus armer jüdischer Familie stammend", belehrt die erste Ausgabe, „zeichnete sich der Bildhauer durch Banalität und Primitivismus aus." In der zweiten Ausgabe wird bei Antokolski alles Jüdische tunlichst verschwiegen. Man liest nun aber, der große patriotische Künstler habe „seine progressiven und demokratischen Ideen in seinen Statuen ausgedrückt und sie mit der Größe Rußlands verbunden".

Soweit es ihr möglich war, verfolgte die jüdische Öffentlichkeit der Welt selbstverständlich solche Vorgänge mit größtem Interesse und es entging ihr daher auch keineswegs, daß allmählich alle jüdisch klingenden Namen bei sowjetischen Veröffentlichungen fehlten, die einzige Tageszeitung in jiddischer Sprache — „Einigkeit" — 1948 ihr Erscheinen einstellte und jüdische Theater und Schulen geschlossen wurden. 1948 erfolgte die Auflösung der einzigen offiziellen jüdischen Körperschaft der Sowjetunion, des sogenannten „Jüdisch-Antifaschistischen Komitees", und die Verhaftung ihres gesamten Präsidiums, mit Ausnahme von Ilja Ehrenburg.

Konkretes war aber darüber nicht in Erfahrung zu bringen, obwohl das American Joint Committee, der American Jewish Congress und das Jewish Labor Committee bei den Sitzungen der Vereinten Nationen in Amerika jede Gelegenheit wahrnahmen, um diesbezüglich zu intervenieren und Anfragen einzubringen. Die russischen Diplomaten gerieten stets in Verlegenheit, wenn ihnen Fragen der jüdischen Weltorganisationen vorgelegt wurden wie etwa: „Können Sie mir die gegenwärtige Anschrift des berühmten jüdischen Schriftstellers Peretz Markisch mitteilen, dem man den Leninorden verliehen hat?" Oder: „Weshalb erscheinen seit 1948 keine Ro-

Dr. Max Hummeltenberg (NDP)
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 395 220

Prof. Ernst Kaemmel (SED),
Eintritt: 1. 4. 1933,
Nr.: 1 772 985

Paul Kaluza (DBD),
Eintritt: 1. 10. 1944,
Nr.: 10 159 412

Fritz Karguth (SED),
Eintritt: 20. 4. 1943,
Nr.: 9 362 236

Ernst Karl (LDP),
Eintritt: 20. 4. 1943,
Nr.: 9 366 185

Professor Gerhard Katsch,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 865 153

Ernst Kehler (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 994 623

Prof. Gerhard Kehnscherper (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 775 969,
1935 Ausschluß a. d. NSDAP

Dr. Günter Kertzscher (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 532 251

Werner Klütsch (DBD),
Eintritt: 1. 9. 1942,
Nr.: 9 240 411

Herbert Koch (CDU),
Eintritt: 1. 2. 1931,
Nr.: 455 022

Prof. Johannes-Ernst Köhler (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 669 744

Prof. Gunter Kohlmey (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 585 361

Heinz Kohls (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 757 720

Dr. Herbert Kortum,
Eintritt: 1. 10. 1930,
Nr.: 325 150

Albert Kotulla (CDU),
Eintritt: 20. 4. 1943,
Nr.: 9 453 291

Prof. Herbert Kröger (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 384 346,
Mitgl. d. SS und SS-Oberscharführer in einer dem SD-Hauptamt unterstehenden Einheit,
SS-Mitgl.-Nr.: 310 206,
SS-Sippen-Nr.: 314 484

Franz Kühler (CDU),
Eintritt: 1. 12. 1939,
Nr.: 7 289 167

Otto Lang (SED),
Eintritt: 1. 4. 1933,
Nr.: 1 795 025

Kurt Lange,
SS-Obersturmbannführer u. Kriminalrat,
Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin (Amt IV und V)

Heinz Lassen (NDP),
Eintritt: 1. 11. 1928,
Nr.: 102 639

Dr. Franz Letsch,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 336 076

Heinz Liste (DBD),
Eintritt: 1. 9. 1941,
Nr.: 8 711 634

Alexander Mallickh (NDP),
Eintritt: 20. 4. 1943,
Nr.: 9 353 990

Dr. med Hans Marchand (NDPD),
Eintritt: 1. 4. 1939,
Nr.: 7 052 296

Werner Masseck (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 1 967 210

Lovro v. Matacic,
Im 2. Weltkrieg Oberst der kroatischen Ustascha

Friedrich Mayer (CDU),
Eintritt in die SS: 1938,
SS-Nr.: 333 717

Ernst Mecklenburg (DBD),
Eintritt: 20. 4. 1944,
Nr.: 9 917 099

Horst Meischner (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 1 955 139

Dr. Gerhard Meusel (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 815 636

Werner Miersch (SED),
Eintritt: 1. 9. 1941,
Nr.: 8 603 226

Helmut Miethke,
Eintritt: 1923/1. 2. 1933,
Nr.: 1 447 822

Prof. Theodor Musterle (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 102 529

Prof. Walter Neye (SED),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 634 196

Professor Karl Nißler,
Eintritt: 1. 6. 1937,
Nr.: 3 936 099

Hans-Georg Oehm (CDU),
Eintritt: 1. 7. 1940,
Nr.: 8 131 809

Hermann Oschatz (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 311 797

mane in jiddischer Sprache aus der Feder von David Bergelson?" „Warum erscheint in der Sowjetunion keine Zeitung in jiddischer Sprache?" „Weshalb gibt es jetzt kein jüdisches Theater mehr in Rußland, um die vielen Stücke in jiddischer Sprache aufzuführen?" Selbst als das Jewish Labor Committee dem Sowjetbotschafter in Amerika die Liste mit über 60 Namen von „verschwundenen" Jiddisch-Schriftstellern und -Künstlern überreichte und nach ihrem Aufenthaltsort fragte, bestand die Antwort nur in eisigem Schweigen.

Anfang 1955 fragte ein jüdischer Journalist gelegentlich einer Pressekonferenz in London den Schriftsteller Ilja Ehrenburg persönlich nach dem Verbleib von David Bergelson und den Dichtern Peretz Markisch und Itzig Feffer. Zu seiner Überraschung antwortete Ehrenburg harmlos und unbefangen, er habe diese Namen leider nie gehört. Der Journalist machte ihn aufmerksam, daß er doch jahrelang mit den Genannten im Präsidium des Jüdisch-Antifaschistischen Komitees zusammengesessen habe und zeigte ihm eine Fotografie, auf der Ehrenburg neben Peretz Markisch steht. Ein Sowjetmensch verliert die Fassung nicht so leicht. Ehrenburg ignorierte das Bild und wechselte ostentativ das Thema.

Zeugen tauchen auf

Erste, wenn auch sehr unklare Angaben erfuhr die Öffentlichkeit erstmalig im Oktober 1955, als eine Delegation sowjetischer Schriftsteller Amerika besuchte. Der Delegationsführer Boris Polewoj wurde bei einer Pressekonferenz nach David Bergelson gefragt. Er meinte, dieser sei wahrscheinlich gestorben, da sein Sohn einen Grabstein auf seinem Grab aufstellen wolle und sich der Genehmigung wegen an Polewoj gewandt habe. Das war nicht viel, doch begann sich nun dieses tragische Kapitel aufzuklären. Weitere Zeugen des Geschehens tauchten auf. Am 12. November 1955 erschien in der „Wiener Wochenzeitung" der Artikel eines Rußland-Heimkehrers. Sein Verfasser, Dr. Spann, war mit dem jüdischen Literatur-Kritiker J. Dobruszin in einem sowjetischen Konzentrationslager zusammengetroffen. Dieser hatte ihm bestätigt: außer Ilja Ehrenburg sind 1948 alle Mitglieder des Jüdisch-Antifaschistischen Komitees kurzerhand verhaftet worden. Man bezichtigte sie der verschiedensten Vergehen. So habe man Dobruszin vorgeworfen, er habe einen jüdischen Staat auf der Krim errichten wollen.

Im Januar 1956 bequemte sich das Sekretariat des sowjetischen Schriftstellerverbandes endlich dazu, ein Kommuniqué herauszugeben, in dem es hieß, das literarische Erbe von Peretz Markisch würde bald in russischer Sprache erscheinen. Da es sich um sein Erbe handelte, mußte Markisch also tot sein.

Die Gerüchte und Vermutungen wurden zur tragischen Tatsache. Anfang 1956 reiste Leon Crystal in die Sowjetunion. Er war damals Präsident des jüdischen Schriftstellerverbandes in New York und Mitarbeiter an der größten Jiddisch-Tageszeitung der Vereinigten Staaten, dem „Forward" in New York. Crystal unterrichtete die Weltöffentlichkeit bei seiner Heimkehr davon, daß am 12. August 1952 nach mehr als dreijähriger Haft 26 Jid-

disch-Schriftsteller in Sowjetrußland erschossen worden waren.

Kaum hatte Crystal veröffentlicht, was er in der Sowjetunion in Erfahrung gebracht hatte, als die jüdischen Kommunisten Amerikas auch schon über ihn herfielen, ihn einen Lügner nannten und ihren Gefolgsleuten versicherten, seine Berichte seien nichts als scheußliche Verleumdungen. Doch wenige Wochen später, am 4. April 1956, bestätigten die jüdischen Kommunisten Polens in ihrem Organ, der Warschauer „Folks-Styme", nicht nur Crystals Angaben, sondern sie brachten darüber hinaus noch weitere Einzelheiten an den Tag. Sie berichteten einwandfreie Tatsachen über die Ermordung führender Persönlichkeiten des jüdisch-kulturellen Lebens in der Sowjetunion und machten damit um so mehr Eindruck, als es das erste Mal war, daß jüdische Kommunisten ihr langjähriges Schweigen brachen.

Auch I. B. Salzberg, ein alter kanadischer Kommunist, der jahrelang dem Parlament von Ontario angehörte und aktiver Gewerkschaftler war, besuchte im September 1956 mit einer Delegation der kanadischen Labor Progressive Party die Sowjetunion. Er hatte eine längere Unterhaltung mit Nikita Chruschtschow, bei der er auch auf die Juden in Rußland zu sprechen kam. Anschließend berichtete er in der New Yorker Jiddisch-Zeitung „Morgenfrejhejt" am 12. Dezember 1956 über sein Gespräch mit dem sowjetischen Parteichef. Er schrieb:

Bernhard Turner, der früher einmal Korrespondent

„Chruschtschow ließ sich lang und breit über die guten und schlechten Seiten der Juden aus und versuchte, die negativen Aspekte an Beispielen klarzumachen. So meinte er, als Teile des von den Deutschen besetzten Rumäniens durch die Sowjets befreit wurden, seien viele Juden ausgewandert, anstatt in der Heimat zu bleiben und Sowjetbürger zu werden.

Dann führte er die rumänische Stadt Czernowitz an, wo die russischen Armeen bei ihrem Einmarsch unsagbar verschmutzte Straßen vorfanden. Man fragte die Juden, weshalb dies so sei, und sie meinten, der nicht-jüdische Bevölkerungsteil, dem diese Arbeiten oblagen, sei eben geflüchtet.

Ferner hob Chruschtschow hervor, daß von allen sowjetischen Touristen, die das Ausland bereist hätten, nur drei nicht heimgekehrt seien. Das aber waren drei Juden. Übel sei auch, daß ein Jude sofort eine Synagoge errichte, wenn er sich irgendwo niederlasse. Im übrigen stimme er völlig mit Stalins Ansicht überein, daß die Krim zum Zentrum einer jüdischen Ansiedlung großen Maßstabes ungeeignet sei, da sie im Kriegsfalle dann zum Schauplatz von Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion gemacht werden würde. Endlich gab er mir noch den guten Rat, mich nicht von der Bourgeoisie oder gar von den Zionisten beeinflussen zu lassen."

Im Oktober, also acht Monate nach Chruschtschows berühmter „Geheimrede" über die Stalin-Verbrechen, kam eine Abordnung der englischen Kommunistischen Partei zu Besuch nach Moskau. Ihr gehörte der jüdisch-englische Kommunist und Mathematik-Professor Hyman Levy an. Er hatte den ausdrücklichen Auftrag, den dauernden Gerüchten über die angebliche Ermordung einer Anzahl jüdischer Intellektueller durch Stalin und

Ernst Ostermeier (LDP),
Eintritt: 1. 3. 1940,
Nr.: 7 548 788

Dr. Adolf Otto (LDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 781 095

Georg Paczulla (SED),
Eintritt: 20. 4. 1944,
Nr.: 9 796 839

Professor Kurt Pommer,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 426 362

Emil Posch (LDP),
Eintritt in die SS: 8. 5. 1933,
SS-Nr.: 132 766

Ernst Pridöhl (LDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 521 814

Paul Heinrich Puls (SED),
Eintritt: 1. 9. 1938,
Nr.: 6 954 044

Horst Rauchfuß (NDP),
Eintritt: 1. 9. 1942,
Nr.: 9 152 843

Dr. Wilhelm Recke,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 290 179

Bruno Reek (NDP),
Eintritt: 1. 3. 1937,
Nr.: 3 902 290

Günter Reisch (SED),
Eintritt: 20. 4. 1944,
Nr.: 10 096 276

Erich Reising (NDP),
Eintritt: 1. 8. 1932,
Nr.: 1 232 554

Martin Richter (NDPD),
Eintritt: 1. 11. 1936,
Nr.: 2 205 944

Dr. Friedrich-Wilhelm Ring (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 907 023

Joachim Roick (LDP),
Eintritt in die SS: 30. 9. 1940,
SS-Totenkopf-Reiterstandarte Lublin, später Leibstandarte „Adolf Hitler"

Helmut Ronicke (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1932,
Nr.: 1 154 745

Dr. Erich Rübensam (SED),
Eintritt: 1. 9. 1940,
Nr.: 7 848 858

Fritz Rücker (SED),
Eintritt: 1. 10. 1940,
Nr.: 8 285 975

Professor Otto Rühle (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 759 667

Wolfgang Sachse (CDU),
Eintritt: 1. 4. 1933,
Nr.: 1 569 043

Prof. Kurt Säuberlich (SED),
Eintritt: 1. 6. 1930,
Nr.: 256 696,
Eintritt in die SS: 4. 11. 1937,
SS-Nr.: 344 719,
Mitarbeiter des SD im Leitabschnitt Dresden

Heinrich Schaub (LDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 672 660

Walter Schlee (NDP),
Eintritt: 1. 4. 1933,
Nr.: 1 654 160

Karlfranz Schmidt-Wittmack (CDU),
Eintritt: 1. 11. 1938,
Nr.: 7 014 920

Edelfried Schoppe (CDU),
Eintritt: 1. 9. 1940,
Nr.: 7 741 646

Wolfgang Schreyer,
Eintritt: 20. 4. 1944,
Nr.: 9 816 277

Gerhard Schumann (NDP),
Eintritt: 1. 3. 1933,
Nr.: 1 932 598

Kurt Schumann (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 777 794

Professor Egbert Schwarz,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 104 065
Eintritt in die SS: 1. 11. 1933,
SS-Nr.: 263 673

Kurt Schwarz, (LDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 336 538

Oberstleutnant Dr. Reinhard Schwarzlose (NDPD),
Eintritt: 1. 9. 1937,
Nr.: 5 500 802

Charlotte Sembdner, (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 447 039

Ewald Sieg (DBD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 783 672

Prof. Walther Siegmund-Schultze (SED),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 757 495

Max Simon (NDP),
Eintritt: 1. 1. 1941,
Nr.: 8 776 187

Dr. Hans Stamm,
Eintritt: 1. 4. 1941,
Nr.: 8 966 026

Professor Josef Stanek,
Eintritt: 1. 3. 1932,
Nr.: 952 803

Luitpold Steidle (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 675 123

Berija nachzugehen und einmal an Ort und Stelle festzustellen, ob denn die jüdische Minderheit in der Sowjetunion tatsächlich diskriminiert würde.

Als Professor Levy nach England zurückkam, verfaßte er eine Broschüre von 93 Seiten mit dem Titel „Juden und die nationale Frage". Sie erschien im Januar 1957 zunächst in der kommunistischen Monatszeitschrift „World News" und bestätigte die schlimmsten Befürchtungen. Hyman Levy begann seinen Bericht mit den Worten: „Die Zeit des Schweigens ist vorbei!" und sprach ganz offen davon, daß die Juden in der Sowjetunion seit Kriegsende bis zu Stalins Tod dauernden Verfolgungen ausgesetzt gewesen seien. Er berichtete, daß die führenden Persönlichkeiten des jüdischen Geisteslebens verbannt, eingekerkert oder erschossen worden seien. Darüber hinaus sei die Welt aber auch noch viele Jahre hindurch von den Sowjets in schändlicher Weise belogen und betrogen worden, soweit es sich um die angeblich so „erfolgreiche Lösung" der jüdischen Frage in Sowjetrußland handle.

Aber nicht nur die politische Führungsschicht in der Sowjetunion hat bei den Judenverfolgungen die Hand im Spiel. Sogar ein Intellektueller, der sehr talentierte Schriftsteller Ilja Ehrenburg, selbst Jude, gehört zu den Regisseuren.

Bernhard Turner, der früher einmal Korrespondent des Londoner „Daily Herald" in Moskau war, schrieb für eine israelische Zeitschrift seine Erinnerungen an die Zeit hinter sowjetrussischem Stacheldraht. Sie erschienen in „Die golden Keit" in Tel Aviv, Nr. 25, Jahrgang 1956.

Turner war 1943 von den Sowjets zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt und erst nach Stalins Tod wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Selbstverständlich kehrte er der Sowjetunion schnellstens den Rücken und seinen Erinnerungen ist zu entnehmen, daß er sowohl mit dem früher erwähnten David Bergelson als auch mit Itzig Feffer, die später beide liquidiert wurden, im gleichen Lager war. Mit beiden hatte er lange Gespräche und erfuhr aus erster Hand Einzelheiten über ihre Verhaftung. Bergelson und Feffer erklärten dem Engländer, Ehrenburg habe nicht unerheblich an ihrer Verhaftung mitgewirkt und trage am Märtyrertod unzähliger jüdischer Schriftsteller einen großen Teil Schuld.

Der amerikanische Schriftsteller Howard Fast, selbst langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei der USA, schreibt über Ilja Ehrenburg in seinem Buch „Der nackte Gott":

„Ich erinnere mich sehr gut an den sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der die Nazis so heftig verdammte, die Amerikaner jedoch kaum weniger anklagte. ... Aber als Ilja Ehrenburg vom Inhalt der ‚Geheimrede' Chruschtschows Kenntnis erhielt, haben wir alle auf seinen Zorn, seine moralische Entrüstung vergeblich gewartet. Seltsam, daß so ein Mensch, der den Nazismus erlebt und verurteilt hat, in der Ermordung jüdischer Schriftsteller, Künstler und Journalisten so gar keinen Anlaß zum Protest fand!
Obwohl selbst Jude, blieb dieser Ilja Ehrenburg doch verschont. Vielleicht bedeutet das aber nur, daß es eben auch in der Sowjetunion so etwas wie ‚Ehrenarier' gibt."

Rudolf Stelzner,
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 762 932

Herbert Stößlein (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 783 265

Paul Tatt (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 511 418

Heinz Thiel (SED),
Eintritt: 1. 9. 1938,
Nr.: 6 953 538

Walter Thierfelder (LDP),
Eintritt: 1. 1. 1933,
Nr.: 1 431 422

Professor Peter-Adolf Thiessen,
Eintritt: 9. 3. 1925,
Nr.: 3 096

Ingeborg Treder (NDP),
Eintritt: 1. 9. 1941,
Nr.: 8 712 106

Erich Ullmann (LDP),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 5 469 015

Benno Voelkner (SED),
Eintritt: 1939,
Nr.: 7 278 519

Paul Vollmert (DBD),
Eintritt: 1. 5. 1937,
Nr.: 4 511 247

Dr. Philipp Vorthmann (NDP),
Eintritt: 1. 10. 1930,
Nr.: 338 226

Fritz Waak (SED),
Eintritt: 1. 9. 1940,
Nr.: 7 809 385

Edith Wäscher (NDPD),
Eintritt: 1. 9. 1938,
Nr.: 6 953 052

Erich Wegener (DBD),
Eintritt: 1. 4. 1933,
Nr.: 1 798 843

Professor Hans Wehrli,
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 093 426

Dr. Christian Weißbach (LDP),
Eintritt: 1. 8. 1935,
Nr.: 3 693 643

Professor Ernst-Rulo Welcker (SED),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 146 287

Dr. Martin Wenzke (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 3 426 539

Karl Werk (SED).
Eintrit: 20. 4. 1943,
Nr.: 9 612 651

Professor Kurt Wiesner (CDU),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 1 871 881

Dr. Werner Winkler (SED),
Eintritt: 1. 12. 1931,
Nr.: 824 289

Alfred Wunderlich (NDPD),
Eintritt: 1. 5. 1933,
Nr.: 2 435 550

Otto Zander (NDPD),
Eintritt: 1. 1. 1936,
Nr.: 3 706 315

Dr. Curt Zeuner (NDP),
Eintritt: 1. 5. 1931,
Nr.: 526 524

Kurt Ziemen (SED),
Eintritt: 1. 9. 1938,
Nr.: 6 942 503

Karl Zylla (SED),
Eintritt: 20. 4. 1944,
Nr.: 10 062 116

Pankow und die NSDAP heute

Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und den Faschisten hat bis zum heutigen Tage nicht aufgehört. Wo immer die Kommunisten glauben, daß sie „Fachleute" der NSDAP für ihre Zwecke einsetzen können, machen sie sich deren Erfahrung mit der Praxis des Terrors, der Massenverführung und der „Erziehung" zunutze. In der DDR ist der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten auf diese Art in der letzten Zeit erheblich gestiegen. Sie haben eine ganze Reihe wichtiger Schlüsselpositionen in den Regierungsstellen und der Wirtschaft inne, sind in die Führungsgremien der meisten Parteien eingedrungen und haben vor allem drei Gebiete besetzt: die Volkskammer, die Hochschulen und die Justiz.

Die Volkskammer gibt wohl das beste Beispiel gerade für das Wachsen des nationalsozialistischen Einflusses. In der zweiten Legislaturperiode, 1954 bis 1958, waren 29 Mitglieder der verschiedenen Parteien ehemalige Angehörige der NSDAP. 1958 wurden zehn von ihnen nicht mehr als Kandidaten aufgestellt. Dennoch zogen in das neue Parlament nicht weniger als 52 ehemalige Anhänger Hitlers als Abgeordnete oder Ersatz-Kandidaten ein. Dabei handelt es sich nicht etwa um kleine „Mitläufer" — viele sind schon 1933 der NSDAP beigetreten. Drei der Volkskammer-Abgeordneten gehörten — wie bisher festgestellt werden konnte — der SS an, einer war sogar bei der „Leibstandarte Adolf Hitler".

Noch viel erstaunlicher als die Durchsetzung der Volkskammer, die ja das Volk repräsentieren soll, ist die Verseuchung der Justiz der DDR mit ehemaligen NSDAP-Leuten. Anhänger des verbrecherischen Hitlersystems sprechen heute nicht nur Recht, sie lehren es sogar. Der Rektor der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht" in Babelsberg, Professor Herbert Kröger (SED), ist ein Beispiel dafür. Er vertrat die KPD im Prozeß vor dem Bundesgericht in Karlsruhe. Kröger war SS-Oberscharführer in einer dem SD-Hauptamt unterstehenden Einheit, trat der SA 1933 und der NSDAP 1937 bei. Der Dozent für Völkerrecht der Universität

Leipzig und der Dozent für Zivilrecht der Ostberliner Universität waren gleichfalls Mitglieder der NSDAP. Der Präsident des Obersten Gerichts der DDR, Kurt Schumann, und einer seiner Oberrichter, Horst Hetzar, waren gleichfalls Mitglied der Hitlerpartei.

Wie stark ehemalige Nationalsozialisten vor allem in die Hochschulen der DDR eingedrungen sind, geht daraus hervor, daß sie in zehn Akademien und Universitäten die Rektorenposten besetzt haben. Soweit bisher bekannt wurde, gehören mindestens zwanzig weitere Professoren und Dozenten, die in der DDR die Jugend ausbilden, zu den früheren NSDAP-Mitgliedern.

Wesentliche Einflußmöglichkeiten haben sich die alten Hitleranhänger auch in Presse und Funk gesichert. An der Spitze dieser Gruppe steht der Leiter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR, Kurt Blecha. Dazu gehören weiter der Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik" sowie maßgebliche Redaktionsmitglieder der „National-Zeitung", der Zeitschrift „Einheit" und sogar des „Neuen Deutschland". SS- und NSDAP-Mitglied war Egbert von Frankenberg und Proschlitz, der heute militärpolitischer Kommentator des staatlichen Rundfunk-Komitees und der Presse ist. Der ehemalige Chefredakteur der antisemitischen Zeitschrift „Hammer" und Mitarbeiter des „Schwarzen Korps", Kurt Herwarth Ball, ist als Schriftsteller tätig. Zu seinen ehemaligen Parteigenossen zählen weiter die Schriftsteller Curt Hotzel, Hans Jürgen Geerdts, Wolfgang Schreyer und Benno Voelkner. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß sowohl der Leiter, wie auch der Rechtsberater und der Cheflektor des „Verlag der Nation" ebenfalls NSDAP-Leute waren.

Die Zahl ehemaliger Nazis, die heute in den Räten der Bezirke — in Kottbus sind es allein vier Stellvertreter des Vorsitzenden — in den Gremien aller Parteien und Massenorganisationen sitzen, ist nicht mehr zu übersehen. Den größten Einfluß auf der politischen Ebene hat jedoch zweifellos ein früherer KZ-Wächter erreicht: Ernst Grossmann, die rechte Hand Walter Ulbrichts, ist Mitglied des Zentralkomitees der Partei. Grossmann war SS-Mann und gehörte zur Wachmannschaft des Konzentrationslagers von Sachsenhausen.

Mit Grossmann und Blecha ist die Liste ehemaliger Faschisten, die in führenden Positionen gelangten, noch nicht beendet. Hierher gehören noch der stellvertretende Minister für Gesundheitswesen, Dr. Parchmin, der stellvertretende Minister für Land- und Forstwirtschaft, Dr. Rübensam, der Vizepräsident der Außenhandelskammer, Karlfranz Schmidt-Wittmarck, der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, Franz Kühler, und der Chef des Protokolls im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Hummeltenberg. Der mehrfach mit Ehrentiteln ausgezeichnete Vorsitzende des Forschungsrates beim Ministerrat der DDR, Prof. Peter-Adolf Thiessen, war sogar seit 1925 NSDAP-Mitglied. Thiessen war im zweiten Weltkrieg Leiter der Fachsparte allgemeine und anorganische Chemie im Reichsforschungsrat. Mehrfach ausgezeichnet wurde auch der Leiter der Forschungsstelle für Roheisen in Unterwellenborn, Prof. Kurt Säuberlich, der 1930 der NSDAP beitrat; später war er als SS-Obersturmführer Mitarbeiter des SD im Leitabschnitt Dresden.

Bisher sind die Namen und Mitgliedsnummern von über 180 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern bekannt, die führende Positionen in der DDR innehaben. Die hier aufgezählten Namen vermitteln eine Übersicht, wie sie es verstanden haben, sich Schlüsselstellungen zu sichern — mit Billigung der DDR-Behörden, die „geschulte" Leute brauchen.

QUELLENANGABEN

V. DEDIJER, „Tito — Autorisierte Biographie", Verlag Ullstein, Berlin

GISEVIUS, „Bis zum bitteren Ende", Classen u. Goverts, Hamburg

WALTHER HOFER, „Der Nationalsozialismus", Dokumente, 1933—1945, Fischer Bücherei KG, Frankfurt/Main

KREMLIN KELLOT, „Muistelmia vuosiita, 1933—1939, Tammi-Verlag

STEFAN KORBONSKI, „W Imieniu Rzeczypos-politej", Verlag Instytut Literacki, Paris, 1954

A. LEBER, „Das Gewissen steht auf", Mosaik Verlag, Berlin—Frankfurt/Main

M. PIJADE, „Das Märchen von der sowjetischen Hilfe für den Volksaufstand in Jugoslawien, 1950, Belgrad

J. B. TITO — M. PIJADE, „Über Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern", Jugoslovenska Knjiga, Belgrad

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS FREIHEITLICHER JURISTEN, „Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten", Berlin

E. ZELLER, „Der zwanzigste Juli", Verlag Hermann Rinn

IHR TRUGT DIE SCHAND NICHT
IHR WEHRTET EUCH
IHR GABT DAS GROSSE EWIG WACHE ZEICHEN
DER UMKEHR
OPFERND EUER HEISSES LEBEN
FÜR FREIHEIT RECHT UND EHRE

Inschrift im Sockel des Denkmals zum 20. Juli 1944 in Westberlin, das Richard Scheibe 1953 schuf. Unser Titel zeigt das Denkmal nach einem Schabkunstblatt von Werner Kruse.